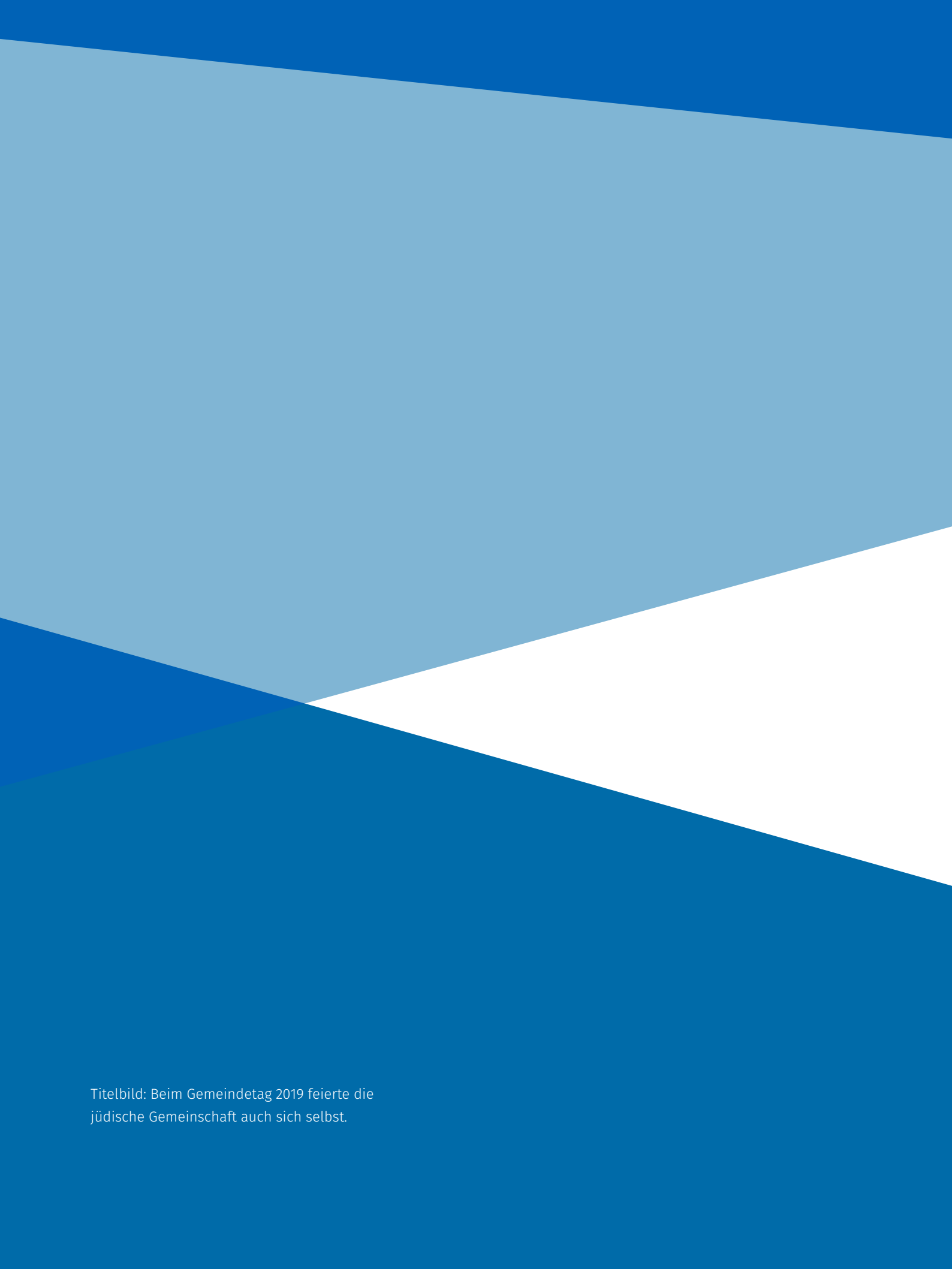




**ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND**



**TÄTIGKEITSBERICHT
2019« »2020**

The background consists of several overlapping geometric shapes. A large, light blue trapezoidal shape is positioned in the upper half. Below it, a white triangular shape points upwards from the bottom right. The bottom portion of the page is a solid, dark blue color.

Titelbild: Beim Gemeindetag 2019 feierte die
jüdische Gemeinschaft auch sich selbst.



70 JAHRE
ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND

TÄTIGKEITSBERICHT 2019« »2020

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



das Jahr 2020 wird den Menschen weltweit als Corona-Jahr in Erinnerung bleiben. Es war das Jahr der Pandemie, deren soziale, wirtschaftliche und ökologische Folgen noch nicht abschätzbar sind. Noch ist auch offen, wie lange das Virus die Welt im Griff halten wird.

Die Pandemie hat den Alltag vieler Menschen verändert. Sie hat ebenso in die Arbeitswelt eingegriffen. Auch im Zentralrat der Juden in Deutschland sahen wir uns plötzlich mit Herausforderungen konfrontiert, von denen wir noch im Januar 2020 nichts geahnt hatten.

Unser neuer Tätigkeitsbericht spiegelt wider, dass wir unsere politische Arbeit mit unverminderter Intensität fortsetzen konnten. Da wir als Berichtszeitraum Rosch Haschana 5778/5779 bis Rosch Haschana 5780/5781

gewählt haben, finden sich zwei politische Höhepunkte wieder: die Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht sowie der Festakt zum 70-jährigen Bestehen des Zentralrats der Juden.

Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in diesem Zeitraum sind für die jüdische Gemeinschaft besorgniserregend. Der wachsende Antisemitismus, die Radikalisierung im Internet, die Anschläge von Hanau und Halle und die Wahlerfolge der AfD sorgen für tiefe Beunruhigung. Umso wichtiger war es, dass die etablierten Parteien reagiert haben. Gesetzliche Verschärfungen im Kampf gegen Antisemitismus, eine bessere Ausstattung des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes sowie mehr Geld für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen sind nur einige der Punkte, die auf unsere Initiative hin umgesetzt werden.

Das waren erste Schritte auf einem langen Weg, der noch vor uns liegt. Bei unserer Arbeit wissen wir starke jüdische Gemeinden in unserem Rücken. Dieses Fundament, auf dem der Zentralrat steht, wird daher auch in Zukunft oberste Priorität haben – mit vielen Aktivitäten und Projekten des Zentralrats für die Gemeinden.

Ich danke allen, die uns in unserer Arbeit unterstützen, die sich vor Ort für das jüdische Leben engagieren, und nicht zuletzt allen, die an diesem Tätigkeitsbericht mitgewirkt haben!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Schuster'.

Dr. Josef Schuster

Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland



Was macht der Zentralrat? Welche Angebote hält er bereit? Und wie setzt er sich für jüdisches Leben ein? Fragen, auf die wir mit diesem Tätigkeitsbericht Antworten geben.

Blicken wir auf 2019 und 2020 zurück, sehen wir weitreichende Veränderungen. Entstanden sind innovative und gesellschaftspolitisch relevante Projekte, Programme und Initiativen. 70 Jahre nach seiner Gründung ruht sich der jüdische Spitzenverband nicht auf seinen Erfolgen aus. Immer wieder müssen wir uns neu erfinden, Antworten auf aktuelle Herausforderungen suchen, ohne dabei die Mission aus den Augen zu verlieren, die jüdische Gemeinschaft zu stärken und zu schützen.

Ein Meilenstein ist die Gründung der jüdischen Militärseelsorge. Das Militärrabbinat befindet sich im Aufbau und Militärabbiner werden für diese wichtige Aufgabe verpflichtet.

In der Bildungs- und Jugendarbeit haben wir mit vielfältigen Angeboten unser Portfolio bereichert. Mit Meet a Jew erreichen wir Juden und Nichtjuden gleichermaßen und laden dazu ein, sich in persönlichen Begegnungen über die Vielfalt des Judentums zu informieren. Im Bereich des jüdisch-muslimischen Dialogs und der Antisemitismusprävention ist unser Projekt Schalom Aleikum mittlerweile fest etabliert. So leisten wir kreative Beiträge für eine offene Gesellschaft.

Zur Stärkung der Gemeinden und zur Förderung jüdischer Familien gibt es das Familienprogramm Mischpacha. Für Kinder zwischen zwei und acht Jahren haben wir zudem den monatlichen Versand von Büchern aus der PJ Library begonnen.

Mehr Engagement heißt auch mehr Kommunikation. Auch hier gehen wir neue Wege. Professionelle Arbeitsabläufe, effiziente Strukturen und moderne digitale Herangehensweisen prägen die Arbeit des Zentralrats. So halten wir uns fit für die Zukunft.

Corona hat freilich auch bei uns Spuren hinterlassen. Am schmerzhaftesten war die Absage der Jewrovision 2020. Wie jedes Jahr hatten wir viel Herzblut investiert, um Kindern und Jugendlichen eine spektakuläre Bühne zu bieten. Sobald der Spuk vorbei ist, wird die Show wieder weitergehen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude und interessante Einblicke beim Lesen des Berichts.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'D' and 'B'.

RA Daniel Botmann

Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland

UNSER SELBSTVERSTÄNDNIS

Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist die politische Spitzenorganisation der jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik.

Unter seinem Dach vereint der Zentralrat die 23 Landesverbände und die in ihnen organisierten 105 jüdischen Gemeinden.

Der Zentralrat vertritt deren politische, gesellschaftliche und religiöse Interessen nach außen und wirkt strukturbildend nach innen. Außerdem pflegt der Zentralrat der Juden in Deutschland auf Bundes-

und Länderebene intensive Kontakte in die Politik. Für die jüdischen Gemeinden und ihre Mitglieder bietet der Zentralrat ein umfangreiches Angebot in den Bereichen Bildung, Religion, Kultur und Nachwuchsförderung an.

Darüber hinaus steht der Zentralrat politischen und kulturellen Einrichtungen sowie der interessierten Öffentlichkeit zu Fragen, die das jüdische Leben in Deutschland betreffen, als Ansprechpartner zur Verfügung.

Seit 1999 sitzt die Verwaltung
des Zentralrats im
Leo-Baeck-Haus in Berlin.

„Der Zentralrat der Juden in Deutschland stärkt die jüdische Gemeinschaft und ist ein Impulsgeber für die Gemeinden. Zugleich werden wir immer für die Belange der jüdischen Gemeinschaft eintreten. Jüdisches Leben ist in all seiner Vielfalt ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats



LEO-BAECK-HAUS

9

5

UNSERE THEMEN

Vorworte	2
Selbstverständnis	4
Inhaltsverzeichnis	6

POLITISCHE INTERESSENVERTRETUNG 8

Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus	10
Schutz und Stärkung	18
Religionsfreiheit	20
Jüdische Zuwanderung	22
Israel und Nahost	24
Gedenkkultur	28
Formale Bildung	30
Begegnung und Dialog	34
Bündnisse	42
Jüdische Militärseelsorge	44
Preisverleihungen	46
Internationales Engagement	48

**STÄRKUNG DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFT
IN DEUTSCHLAND 50**

Coronakrise 52

Gemeindetag 54

Wissenschaft und Öffentlichkeit 56

Kultur und Integration 60

Bildungsangebote 62

Jugend und junge Erwachsene 68

Familienprogramme 74

Publikationen 78

Social Media 82

ENGAGIERT DABEI 84

Gremien und Schirmherrschaften 86

Förderungen 88

Rabbinerseminare 90

ORGANISATIONSSTRUKTUR 92

Institutionen des Zentralrats 94

Organe des Zentralrats 98

Impressum 104

POLITISCHE INTERESSEN- VERTRETUNG



Dr. Markus Söder, MdB

Dr. Josef Schuster
Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

Katharina von Soos
Antisemitismusbeauftragte der
Kommission



Pressekonferenz am 7. Mai 2019 zu
Beratungen des bayerischen Kabinetts
über Maßnahmen zur Prävention und
Bekämpfung von Antisemitismus.

chnurbein
er Europäischen

GANZ OBEN AUF DER AGENDA: DER KAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS

In den vergangenen Jahren ist jüdisches Leben in Deutschland nicht sicherer geworden, denn Antisemitismus nimmt zu. Über den rechtsextrem motivierten Anschlägen von Halle und Hanau dürfen die vielen weiteren antisemitischen Vorfälle nicht vergessen werden. Der Zentralrat der Juden geht dagegen an – auf mehreren Ebenen, in vielen Initiativen und Projekten, vor allem aber mit seiner politischen Arbeit.

Antisemitismus erfassen und auswerten, Betroffene unterstützen – Der Bundesverband RIAS

„Doch, du bist Jude. Und das Schlimme daran ist, ich darf dich noch nicht mal schlagen.“ Dieser Judenhass schlug einem Mann an einer Berliner U-Bahn-Station entgegen. Womöglich wäre der Vorfall unbemerkt geblieben, doch der Betroffene meldete ihn der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Berlin. Antisemitische Vorfälle zu erfassen und auszuwerten – das hat sich der am 31. Oktober 2018 gegründete Bundesverband RIAS zur Aufgabe gemacht. Der Zentralrat der Juden ist durch seinen Geschäftsführer Daniel Botmann im Gründungsvorstand vertreten.



RIAS-Gründungsvorstand: Daniel Botmann, Anne Benzing, Benjamin Steinitz (v. l.)

Im Bundesverband sind derzeit vier Meldestellen zusammengeschlossen – aus Bayern, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Durch die einheitliche Erfassung von judenfeindlichen Übergriffen soll das Bild des Antisemitismus klarer werden: Wo und wie ereignen sich Fälle von Judenhass? Wer sind die Täter? RIAS erfasst diese Informationen, wertet sie aus und stellt sie der Öffentlichkeit zur Verfügung. Über ein leicht zugängliches Onlinesystem können Betroffene Vorfälle schnell und unbürokratisch melden. Bei Bedarf vermitteln die RIAS-Meldestellen Beratungs- und Unterstützungsangebote. In Bundesländern wie Berlin gleicht RIAS die Angaben über antisemitische Vorfälle mit den Daten der Polizei ab und ergänzt so die polizeiliche Statistik.

Ein deutlicheres Bild des Antisemitismus ermöglicht es, Maßnahmen zu seiner Bekämpfung gezielter zu entwickeln und zu ergreifen.

Der Zentralrat begleitet und unterstützt die Arbeit von RIAS mit großem Engagement und befürwortet einen weiteren Ausbau der Meldestellen, sodass Betroffene in allen Bundesländern Vorfälle an eine lokale Stelle melden und Unterstützung erhalten können.

IHRA-ARBEITSDEFINITION:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Antisemitismus definieren und bekämpfen

„Wir können Antisemitismus nur dann wirksam bekämpfen, wenn wir uns einig sind, was Antisemitismus ist.“ Das erklärte Dr. Josef Schuster den Mitgliedern des Wirtschaftsclubs Rhein-Main bei einem Vortrag im Februar 2020. Der Zentralrat der Juden setzte sich dafür ein, dass die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken (IHRA) in Deutschland verwendet wird.

Die Arbeitsdefinition von Antisemitismus (siehe Kasten) wurde in der OSZE entwickelt. 2016 übernahm die IHRA die Begriffserklärung.

Im September 2017 nahm die deutsche Bundesregierung die OSZE-Antisemitismusdefinition politisch zur Kenntnis. Sie ist rechtlich nicht bindend, dient aber als Richtschnur für Behörden,

Schulen, Polizei und Justiz. Auf Basis der Definition können Vorfälle eindeutiger als bisher als antisemitisch eingeordnet werden. Seither bestätigten Landesregierungen und -parlamente, aber auch Vereine und Verbände die Definition.

Im März 2020 übernahm Deutschland den einjährigen Vorsitz der IHRA. Zu den Vorhaben Deutschlands zählen die Arbeit an einer Definition von Antiziganismus und die Verbreitung von Empfehlungen für den Unterricht über den Holocaust, die 2019 von der IHRA verabschiedet wurden.

Der Zentralrat der Juden arbeitet weiter darauf hin, dass die Antisemitismus-Definition verbreitet und angewendet wird. Das würde auch dazu beitragen, den israelbezogenen Antisemitismus zu erkennen und zurückzudrängen. Die Verbreitung der Definition sollte zudem ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein.

Antisemitische Vorfälle

Der Attentäter vom 9. Oktober 2020 in Halle wählte bewusst einen der wichtigsten jüdischen Feiertage aus. Er wusste, dass die Synagoge an Jom Kippur gut besucht sein würde. Die Menschen in der Synagoge durchlitten Todesangst und nur die stabile Synagogentür verhinderte ein Blutbad. Der Attentäter erschoss am Ende wahllos eine Passantin und einen Mann in einem Dönerimbiss. Seit dem Prozessbeginn gegen den Attentäter Ende Juli 2020 in Magdeburg zeigt sich sein fanatischer Antisemitismus in voller Dimension.

Dr. Josef Schuster begleitete am Tag nach dem Attentat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundesinnenminister Horst Seehofer nach Halle, um sich ein Bild von der Lage zu machen. In einer gemeinsamen Pressekonferenz, an der auch der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Reiner Haseloff, sowie der Gemeindevorsitzende Max Privorozki teilnahmen, wiederholte Dr. Schuster seine Kritik an den mangelnden Sicherheitsvorkehrungen der Polizei, zumal wenige Tage vor dem Anschlag ein Mann Polizisten vor der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin mit einem Messer bedroht hatte. Allein dieser Vorfall hätte eine Warnung sein müssen.

„Der Anschlag von Halle im vergangenen Jahr war ein Fanal. Für Juden in Deutschland ist Antisemitismus alltäglich geworden. Vor allem im Internet schlägt uns ungehemmter Hass entgegen.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats,
Pressemitteilung vom 27. Mai 2020

Insgesamt stellte der Anschlag von Halle alles in jüngster Zeit Dagewesene in den Schatten. Darüber darf aber nicht vergessen werden, dass es zahlreiche weitere antisemitische Vorfälle und Straftaten gab. Zwischen März und August 2019 kam es bundesweit zu Angriffen auf Rabbiner. Zeugen griffen in der Regel nicht ein. In der polizeilichen Statistik für 2019 wurde schließlich traurige Gewissheit, was die jüdische Gemeinschaft längst verspürte: Der Antisemitismus hat in Deutschland mit mehr als 2000 Straftaten ein Rekordniveau erreicht.

Das erste Halbjahr 2020 war von der Coronakrise geprägt. Sie befeuerte auch den Antisemitismus.

Vor allem im Internet verbreiteten sich in einem erschreckenden Ausmaß antisemitische Verschwörungsmymen, in denen Juden die Verantwortung für die Verbreitung des Covid 19-Virus zugeschrieben wird. Auf sogenannten Hygiene-Demos scheute eine erkleckliche Zahl von Demonstranten nicht davor zurück, sich mit Anne Frank zu vergleichen oder eine Art von „Judenstern“ zu tragen, um sich als Opfer der Corona-Auflagen zu stilisieren. Der Zentralrat der Juden appellierte an die Kommunen in Deutschland, solche Symbole, die die Schoa relativieren, bei den Demos zu verbieten.

Rechtsextremismus bekämpfen – Minderheiten schützen

Nach der Mordserie des NSU zog sich seit 2019 erneut eine Blutspur rechtsextremen Terrors durch Deutschland. Sie lässt sich an drei Verbrechen festmachen: Am 1. Juni 2019 ermordete ein Rechtsextremist den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Am 10. September 2019 folgte der Anschlag auf die Synagoge in Halle. Und am 19. Februar 2020 erschoss ein Rechtsradikaler in Restaurants in Hanau neun Menschen, anschließend tötete er seine Mutter und sich selbst. Die Taten erschütterten die Republik.

All diese Verbrechen haben in unserer Gemeinschaft große Sorgen ausgelöst. Denn es bestätigt sich, was Experten und Verfassungsschützer seit Längerem sagen: Die rechtsextreme Szene wächst und wird gewaltbereiter. Das Internet ermöglicht es zudem auch Einzeltägern, sich virtuell zu vernetzen. Sie fühlen sie sich ausreichend bestärkt, um ihren kruden Gewaltfantasien Taten folgen zu lassen. Dafür werden sie im Netz gefeiert.

Zum Weltbild von Rechtsextremisten gehört immer Antisemitismus. Beim Täter von Halle wird dies besonders deutlich. Ob sich die Taten gegen Politiker wie Lübcke richten, der sich für Flüchtlinge einsetzte, oder gegen Menschen mit Migrationshintergrund – immer kann man da-

von ausgehen, dass Juden ebenfalls zum Feindbild der Täter gehören.

Rechtsextremisten sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Daher erhebt der Zentralrat seine Stimme auch dann, wenn die Gemeinschaft der Juden nicht direkt betroffen ist. Auch Homophobie, Rassismus und Antiziganismus stoßen beim Zentralrat auf Widerstand. So hat er gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma Ende 2019 beim Fernsehsender SAT.1 Beschwerde gegen eine Dokumentation eingelegt, die gegenüber Sinti und Roma äußerst diskriminierend ist. „Es ist bestürzend und völlig inakzeptabel, dass SAT.1 ausge-

rechnet in einer Zeit, in der Hass und Hetze gegen Minderheiten in bisher unbekanntem Ausmaß geäußert werden, einen solchen undifferenzierten und von Vorurteilen strotzenden Film über Sinti und Roma ausstrahlt. Hier handelt es sich nicht um eine Dokumentation, sondern um ein übles Zerrbild, das über eine Minderheit verbreitet wird, deren Kultur und deren Leistungen in dem Film völlig ausgeblendet werden. Damit befördert SAT.1 in unverantwortlicher Weise Vorurteile und Ablehnung gegenüber Sinti und Roma“, erklärte Zentralratspräsident Dr. Schuster gegenüber der Presse.



Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster im Februar 2020 in Hanau.

Rechtliche Maßnahmen gegen Antisemitismus

Die Bekämpfung des Antisemitismus ist auf vielen Ebenen notwendig. Nur dann kann der Kampf erfolgreich sein. Neben dem Engagement der Zivilgesellschaft und einer entschiedenen Reaktion des Staates durch Polizei und Justiz ist ein wirksamer rechtlicher Rahmen unerlässlich. Das Jahr 2019 war von zahlreichen politischen Gesprächen geprägt, um bestehende Gesetze wie zum Beispiel das Netzwerk-Durchsetzungsgesetz (NetzDG) nachzubessern oder um neue Gesetze vorzubereiten.

Da Antisemitismus im Internet ein gravierendes Problem darstellt, suchte der Zentralrat der Juden den direkten Kontakt zu Plattformbetreibern. Geschäftsführer Daniel Botmann führte mit Deutschland-Repräsentanten von Amazon und Facebook Gespräche, um sie für die Thematik weiter zu sensibilisieren.

Ebenso stand er im ständigen Austausch mit dem Bundesjustizministerium, um Lücken im NetzDG zu schließen.

Zentralratspräsident Dr. Schuster nahm Ende 2018 in Paris an den ersten deutsch-französischen Antisemitismuskonsultationen der Regierungen beider Länder teil. Im September 2019 wurden die Konsultationen in Berlin fortgesetzt. Der Vergleich mit dem erheblich stärkeren Antisemitismus in Frankreich könnte dazu beitragen, gezieltere Maßnahmen zu ergreifen, um ähnliche Entwicklungen hierzulande zu verhindern.

Der Berliner Senat initiierte 2019 einen Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt, da es vor allem in der Hauptstadt in den vergangenen Jahren immer wieder zu massiven Vorfällen gekommen war. Vom Zentralrat der Juden beteiligte sich Geschäftsführer Daniel Botmann an den Beratungen.

GESETZ ZUR BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS UND DER HASSKRIMINALITÄT



Kommunalpolitiker sowie Personal in Rettungsstellen werden besser geschützt.



Große soziale Netzwerke müssen strafbare Inhalte melden.



Antisemitische Beweggründe gelten als strafscharfend.

„Kein Bürger dieser Stadt darf es hinnehmen, dass Teile Berlins zu No-Go-Areas für Juden werden. Gerade die Hauptstadt Deutschlands sollte ein Vorbild sein für Weltoffenheit und Toleranz.“

Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrats, Presseerklärung vom 12. September 2019

Auch die Bundesregierung setzte den Kampf gegen Antisemitismus ganz oben auf die Agenda. Um die Sicht von Juden selbst kennenzulernen, lud Bundesinnenminister Horst Seehofer Vertreter unterschiedlicher jüdischer Organisationen zu einem Gespräch ein, das sich wegen des Anschlags von Halle in den November 2019 verschob. Für den Zentralrat der Juden machte Dr. Schuster deutlich, wie dringend das Problem ist und wie stark die Sorge in der jüdischen Gemeinschaft.

Die zahlreichen politischen Gespräche fruchteten 2020: Im Juni beschloss der Bundestag ein umfangreiches Gesetzespaket mit direkten Konsequenzen aus den Vorfällen.

Aus Sicht des Zentralrats der Juden ist die Präzisierung des Strafbuches ein besonders wichtiger Schritt und großer Erfolg. In Paragraph 46 werden jetzt antisemitische Motive ausdrücklich als strafverschärfend gewertet. Für die Justiz ist dies ein wichtiges Signal. Antisemitische Taten sollten künftig auch so genannt und entsprechend geahndet werden.

Gegenüber der Presse erklärte Dr. Schuster zum Gesetzespaket: „Rechtsradikale und Antisemiten haben in jüngster Zeit zu viel Raum gewonnen. Dem muss endlich mit voller Konsequenz ein Riegel vorgeschoben werden.“

Eine Bedrohung für jüdisches Leben – die Alternative für Deutschland (AfD)

Die rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme AfD stellt nach Auffassung des Zentralrats eine Bedrohung für jüdisches Leben dar. Führungspersonen der AfD relativieren die Schoa und fordern eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Außerdem gefährdet die Partei jüdisches Leben in Deutschland, indem sie etwa ein Verbot des koscheren Schächtens oder der Beschneidung fordert. Das jedoch wäre eine massive Einschränkung jüdischen Lebens.

Die Rechtspopulisten stellen die freiheitliche Demokratie auf eine harte Probe. Mit gezielten Tabubrüchen hat die AfD rote Linien im politischen Diskurs verschoben. Viele Menschen trauen sich wieder, Dinge zu sagen, die sie zuvor vielleicht gedacht haben, aber nicht auszusprechen wagten. Das gesellschaftliche Klima wird dadurch negativ beeinflusst. Insbesondere Minderheiten bekommen diese Veränderung in Form von Hass, Hetze, Anfeindungen und Übergriffen zu spüren.

Keine Alternative für Juden

Im Oktober 2018 gründete sich der Arbeitskreis Juden in der AfD (JAfD). Der Zentralrat veröffentlichte daraufhin eine „Gemeinsame Erklärung gegen die AfD“, die von allen



maßgeblichen jüdischen Organisationen in Deutschland unterzeichnet wurde. Die Unterzeichnenden machen klar, dass die AfD keine Partei für Juden sein kann. Sie vertritt keinesfalls die Interessen der jüdischen Gemeinschaft, verbreite Hass und Hetze gegen Minderheiten: „Die AfD ist antidemokratisch, menschenverachtend und in weiten Teilen rechtsradikal.“

Unter dem Motto „AfNee“ protestierten am 8. Oktober 2018 in Frankfurt am Main zahlreiche jüdische und nichtjüdische Bürger gegen die Juden in der AfD. Zu der Kundgebung hatte die mit Unterstützung des Zentralrats gegründete Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) aufgerufen.

AfD auf dem Vormarsch in Ostdeutschland

Bei den Landtagswahlen 2019 in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewann die AfD erheblich an Stimmen. In den drei Bundesländern ist die AfD zweitstärkste Kraft. Zentralratspräsident Dr. Schuster rief die demokratischen Parteien dazu auf, sich klar von der AfD zu distanzieren und sie zu entlarven.

Politischer Dambruch in Thüringen

Im Februar 2020 ließ sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD-Fraktion

im Thüringer Landtag zum Ministerpräsidenten wählen. Anstatt auf die Stimmen der AfD-Abgeordneten zu verzichten und die Wahl abzulehnen, nahm er die Wahl an. Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster protestierte vehement: „Eine Regierung von Gnaden der AfD darf es nicht geben!“. Die FDP verlasse den Konsens der demokratischen Parteien, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten oder auf die Unterstützung von Rechtspopulisten zu zählen. „Gerade in der heutigen Zeit brauchen wir aufrechte Demokraten, die sich klar und deutlich von rechts abgrenzen, vor allem von einer in meinen Augen rechtsextremen AfD.“

Nach umfassender Kritik trat Thomas Kemmerich schließlich zurück.

Die AfD – ein Fall für den Verfassungsschutz

Im Januar 2019 stuft das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als Prüffall ein. Zentralratspräsident Dr. Schuster sprach von einem Schritt in die richtige Richtung: „Jetzt ist Schluss mit der Unschuldsnummer der AfD.“ Im März 2020 wertete der Verfassungsschutz den AfD-nahen „Flügel“ als Beobachtungsfall. Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang bezeichnete die Führungsfiguren des „Flügels“, Björn Höcke und Andreas Kalbitz, als Rechtsextreme. Der Zentralrat begrüßte das Vorgehen des Verfassungsschutzes.

„Es ist der falsche Weg, sich der AfD anzubiedern oder sie gar nachzuahmen, weil das angeblich Stimmen bringt. (...) Eine klare Abgrenzung von der AfD ist der einzig richtige Weg.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats,
Interview im *Tagesspiegel*, vom 26. Januar 2020

Staatsvertragsunterzeichnung am 6. Juli 2018. In der Mitte Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster mit Bundesinnenminister Horst Seehofer, flankiert von den Zentralratsvizepräsidenten Mark Dainow (li.) und Abraham Lehrer (re.).



JÜDISCHES LEBEN SICHERN UND SCHÜTZEN

Jüdisches Leben verdient und benötigt besonderen Schutz. Der Zentralrat und der Bund einigen sich auf eine finanzielle Zuwendung für mehr Sicherheit in jüdischen Einrichtungen.

Juden in Deutschland sind besondere Sicherheitsmaßnahmen gewöhnt. Wie wichtig diese sind, machte das Attentat von Halle

am 9. Oktober 2019 erneut schmerzhaft deutlich. Nur eine Holztür bewahrte die Gemeinde vor einem Blutbad.

„Gemeinsam mit dem Zentralrat setzen sich Bund und Länder beherzt für den Schutz der jüdischen Gemeinschaft ein. Unterstützende Worte tun gut. Doch gegen antisemitische Angriffe braucht es diese konkreten Maßnahmen.“

Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrats

Um besser vorzubeugen, fasste Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit den Regierungschefs der Länder im Dezember 2019 den Beschluss zum „Schutz des jüdischen Lebens“. Darin heißt es:

„Jüdisches Leben hat wieder einen festen Platz in unserem Land. (...) Der Schutz der jüdischen Gemeinschaft, der Synagogen und anderer jüdischer Einrichtungen gehört zur Staatsräson Deutschlands und aller seiner Länder.“

Investition in Sicherheitsmaßnahmen

Auf dieser Grundlage vereinbarten der Zentralrat und das Bundesinnenministerium einen Annex zum bestehenden Staatsvertrag. Der Bund engagiert sich demnach

mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 22 Millionen Euro für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen und Gemeinden. Diese Mittel wird der Zentralrat gezielt für bauliche und technische Sicherheitsmaßnahmen jüdischer Einrichtungen einsetzen. Synagogen, jüdische Bildungseinrichtungen und Gemeindegäuser müssen sichere Orte sein, die man bedenkenlos besuchen kann.

Der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und dem Zentralrat wurde erst 2018 erneuert und die jährliche staatliche Förderung auf 13 Millionen Euro angepasst. Mit diesen Mitteln fördert der Zentralrat das breite jüdische Leben in Deutschland und engagiert sich im Bereich Antisemitismusprävention und Dialog.

EINE FREIHEIT, FÜR DIE ES ZU KÄMPFEN GILT

Religionsfreiheit ist für Jüdinnen und Juden lebenswichtig. Der Zentralrat der Juden setzt sich kontinuierlich dafür ein, dass Juden in Deutschland ihren Glauben uneingeschränkt leben können.

„Artikel 4 des Grundgesetzes hat für die Religionsgemeinschaften eine ganz besondere Bedeutung. Die Sensoren für die hohe Bedeutung der Unverletzlichkeit der Freiheit des Glaubens und des religiösen Bekenntnisses sind aufgrund der Erfahrung der totalen Entrechtung und Verfolgung während des Nationalsozialismus in der jüdischen Gemeinschaft vermutlich so stark ausgeprägt wie nirgends sonst.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats, *Stimmen zum Grundgesetz*

Brit Mila

Bereits 2012 kämpfte der Zentralrat dafür, dass jüdische Eltern ihre Söhne acht Tage nach der Geburt beschneiden lassen dürfen. Ein Gesetz (§ 1631d BGB) sichert diese Freiheit. Mit Zertifikaten sorgt der Zentralrat der Juden dafür, dass die *Mohalim* (religiöse Beschneider) medizinische und gesetzliche Vorschriften einhalten.

Schechita

Tierwohl und Tierschutz sind Bestandteile der jüdischen Ethik. Schon die Tora nennt zahlreiche Gebote zum Schutz der Tiere. Dennoch steht auch das religiöse Schlachten („Schächten“) regelmäßig unter Beschuss.

Im August 2019 wollte die CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen das betäubungslose Schlachten verbieten. Dies war bisher per Ausnahmegenehmigung möglich gewesen.

Der Zentralrat der Juden protestierte öffentlich, denn praktizierende Juden verzehren nur geschächtes Fleisch. In einem Brief an die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion, der auch presseöffentlich gemacht wurde, intervenierte der Zentralrat zusammen mit den beiden örtlichen Landesverbänden erfolgreich.



Gemeindetag 2019: Markus Grübel, Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, beim Podium „Gewissensprüfung – Examina an jüdischen Feiertagen“.

In solchen Angriffen auf die Religionsfreiheit schwingen oft antisemitische Untertöne mit. Auch die AfD macht in diesem Zusammenhang immer wieder von sich reden und fordert – wie in Niedersachsen – Schächtverbote.

Keine Prüfungen an jüdischen Feiertagen

Der Zentralrat der Juden setzt sich dafür ein, dass jüdische Studierende an jüdischen Feiertagen keine Prüfungen ablegen müssen. An manchen jüdischen Feiertagen dürfen Juden nicht schreiben. Bleiben sie der Prüfung fern, wertet das die Universität jedoch als Fehlversuch. Das Zweite Staatsexamen im Fach Medizin findet regelmäßig

an den höchsten jüdischen Feiertagen statt. Jüdische Studierende können daher diese Prüfung nicht ablegen.

Schüler, die Medizin studieren möchten, verbessern ihre Chance auf einen Studienplatz mit dem Test für Medizinische Studiengänge (TMS, „Medizinertest“). Dieser Test fand bisher nur samstags statt. Ausnahmen gab es nicht. Auch samstags, am jüdischen Schabbat, dürfen Juden nicht schreiben. Jüdische Schüler waren daher im Nachteil. Der Zentralrat der Juden legte in den genannten Fällen Protest ein. Inzwischen gibt es zumindest für den TMS Ausweichtermine.

NEUES UND SICHERES ZUHAUSE IN DEUTSCHLAND

Die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist auch eine Geschichte der Zuwanderung. Die größte Zuwanderungswelle war die aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion in den 90er Jahren. Der Zentralrat hat wichtige Verbesserungen für Einwanderer erreicht, doch bleibt noch viel zu tun.

Die Einwanderung von Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach 1990 ist weitgehend abgeschlossen. In jüngster Zeit wurde jedoch deutlich, wo es Härtefälle gibt oder sich Lücken in den Regelungen auftun. Nach längeren Verhandlungen mit dem Bundesinnenministerium erreichte der Zentralrat der Juden im April 2020, dass Regelungslücken geschlossen wurden.

Erleichterter Nachzug für Familien

Die Neuregelung verbessert die Bedingungen, um in Deutschland ein neues Zuhause zu finden. Vier Punkte gilt es besonders hervorzuheben:

Deutsche Pässe für Enkel von verfolgten Juden

Neben Juden, die in der früheren Sowjetunion keine Zukunft für sich sehen, gibt es eine weitere Gruppe, die ihren Blick nach Deutschland richtet. Vor allem britische Juden

sorgen sich angesichts des Brexits. Einige Nachfahren von Juden, die in der NS-Zeit ausgebürgert wurden oder aus anderen Gründen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren, beantragten daher deutsche Pässe.



„Viele unserer älteren Gemeindemitglieder haben hart gearbeitet und werden im Alter um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Mit der Aufnahme der jüdischen Kontingentflüchtlinge stand Deutschland zu seiner historischen Verantwortung. Es gilt, diese Verantwortung konsequent wahrzunehmen. Wir setzen uns daher weiterhin für die Anerkennung der geleisteten Arbeitsjahre für die Rente ein.“

Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats

Im August 2019 traten zwei Erlasse des Bundesinnenministeriums in Kraft, die die Wiedereinbürgerung regeln. Wer über die neuen Regeln die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt, muss lediglich in einem persönlichen Gespräch in einer Auslandsvertretung Grundkenntnisse der deutschen Sprache und der Lebensverhältnisse in Deutschland nachweisen. Ihre bisherige Staatsangehörigkeit dürfen die Antragsteller behalten.

Auf Grundlage der Erlasse haben die Betroffenen allerdings keinen Anspruch darauf, die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen. Dies liegt im Ermessen der Behörden. Der Zentralrat der Juden hat daher mit dem Bundesinnenminis-

terium vereinbart, die Wirkung der Erlasse in der Praxis zu überprüfen. Sollten sich eklatante Lücken zeigen, wird der Zentralrat der Juden darauf drängen, einen gesetzlichen Anspruch für die Nachfahren von NS-Verfolgten zu verankern.

Lebensleistung von Zuwanderern würdigen

Auch beim Thema Renten ist der Zentralrat aktiv. Rund 70.000 Juden, die seit 1990 einwanderten, empfinden es als ungerecht, dass ihre Berufstätigkeit im Herkunftsland nicht für die Rente anerkannt wird. Sie erhalten nur die Grundsicherung. Der Zentralrat der Juden und die Zentralwohlfahrtsstelle führen intensive Gespräche

mit der Bundesregierung, um hier zu einer Lösung zu kommen.

Die Regierungskoalition hat zugesagt, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten.

GELOBT, GELIEBT, GEBRANDMARKT, GEHASST — ISRAELS ANSEHEN IN DEUTSCHLAND

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland hat ein besonderes Verhältnis zu Israel. 1948 wurde der Wunsch nach einer jüdischen Heimstätte im Land der Vorväter und -mütter Realität. Zugleich verwirklichte sich das Ziel des Zionismus und seiner Anhänger, einen Staat für alle Juden zu errichten. Für Juden weltweit ist Israel eine Lebensversicherung. Was in Israel passiert, lässt Juden in Deutschland nicht kalt. Diese enge Verbindung zum jüdischen Staat prägt auch die Arbeit des Zentralrats der Juden.



Engagement für Israel

Engagement aus der Gesellschaft für Israel – das hat in Deutschland Tradition. Mit großer Freude übernahm Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster die Schirmherrschaft über die Israel-Tage des Vereins ILI – I like Israel e. V. Die Veranstaltungen zum Israel-Tag finden in ganz Deutschland statt und geben Einblick in die Vielfalt des Landes. 2020 fand der Israel-Tag wegen der Corona-Pandemie digital statt.

Der israelische Botschafter Jeremy Issacharoff beim Gemeindetag 2019.

Im November 2019 eröffnete Dr. Schuster auf Einladung von ILI den ersten Europäischen Israelkongress in Frankfurt am Main.

Gute Beziehungen bestehen zwischen dem Zentralrat und der Diplomatischen Vertretung Israels in Deutschland. Der israelische Botschafter ist ein geschätzter Gesprächspartner und ein gern gesehener Gast bei Veranstaltungen des Zentralrats, so beim Gemeindetag im Dezember 2019.

Plakate gegen Israel - Juden als Feindbild der Rechten

Antisemitismus ist im Rechtsextremismus tief verankert. Zur Europawahl am 26. Mai 2019 hängte die Partei Die Rechte in zahlreichen deutschen Städten Plakate auf – mit dem Slogan „Israel ist unser Unglück“ und der Unterzeile „Wir hängen nicht nur Plakate. Wir kleben auch Aufkleber“. Die Wahlpropaganda erinnert an die Schmähung „Die Juden sind unser Unglück“ im NS-Hetzblatt *Der Stürmer*. Zahlreiche jüdische Landesverbände gingen mit rechtlichen Mitteln gegen die Plakate vor.

Bedrohung aus dem Iran

Am 1. Juni 2019 fand erneut der Al-Quds-Marsch in Berlin statt. Bei dieser islamistischen Propagandaveranstaltung rufen Organisatoren und Demonstranten dazu auf, Jerusalem zu erobern und Israel zu vernichten. Die islamistisch-terroristische Hisbollah ist eine der treibenden Kräfte der Demonstrationen und eng mit dem iranischen Mullah-Regime verbunden. Der Zentralrat forderte ein Verbot der Hisbollah und des Al-Quds-Marsches. Im Dezember 2019 stimmte der Deutsche Bundestag für ein Verbot der Hisbollah. Schließlich wurde die Organisation im April 2020 in Deutschland verboten. Die Veranstalter sagten daraufhin den Al-Quds-Marsch im Mai 2020 ab. Der Zentralrat appel-

„Es wurde höchste Zeit, dass Deutschland anderen Staaten nachgefolgt ist und die Hisbollah verboten hat. Deutschland durfte und darf nicht länger einen Rückzugsraum für die Anhänger einer islamistischen Organisation bieten, die Menschen zu Gewalt anstacheln und Terror finanzieren.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats, Pressestatement, 17. Mai 2019

liert an die Bundesregierung, sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für ein europaweites Verbot der Hisbollah einzusetzen.

Antisemitismus unter dem Deckmantel sogenannter Israel-Kritik

Unter dem Deckmantel sogenannter Israel-Kritik wird antisemitische Hetze verbreitet. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus stellte bereits 2017 in seinem

Bericht fest, dass israelbezogener Antisemitismus bei 40 Prozent der deutschen Bevölkerung zu finden ist. Kein anderer Staat wird derart kritisiert wie Israel. Kritik überschreitet dann die Schwelle zum Antisemitismus, wenn der jüdische Staat delegitimiert oder dämonisiert wird bzw. doppelte Standards angelegt werden. So wird Israel zum Teil das Existenzrecht abgesprochen, werden Juden weltweit für die Politik der israelischen Regierung mitverantwortlich gemacht.

Israel brandmarken - Die Boykottbewegung BDS

Überzogene Kritik an Israel kommt von der BDS-Bewegung. BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen. Die deutlich antisemitische Bewegung ruft weltweit – auch in Deutschland – zum Boykott israelischer Waren, Dienstleistungen, Künstler und Wissenschaftler auf.

Im Frühjahr 2019 protestierte der Zentralrat der Juden gegen die Verleihung des Göttinger Friedenspreises an den Verein Jüdische Stimme. Hintergrund ist die Nähe des Vereins zu BDS. Die Stadt Göttingen, die Universität und die Sparkasse zogen daraufhin ihre Unterstützung zurück. Trotz der Proteste wurde der Preis jedoch am 9. März 2019 an den Verein vergeben.

„Endlich wird die anti-israelische Boykottbewegung auch auf Bundesebene klar als das benannt, was sie ist, nämlich antisemitisch. Mit diesem wichtigen Beschluss des Bundestags wird explizit der Kampf gegen Antisemitismus und die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson bekräftigt.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats, Pressestatement, 17. Mai 2019



Podium auf dem Gemeindetag 2019:
„Wie jüdisch ist (noch) das
Jüdische Museum Berlin?“

Bundestag beschließt: BDS entschlossen entgetreten – Antisemitismus bekämpfen

Am 17. Mai 2019 verabschiedete der Deutsche Bundestag einen Beschluss gegen BDS. Darin verurteilt das Parlament die Boykottbewegung und nennt ihre Methoden und Argumentationsmuster antisemitisch. Zudem fordert der Bundestag, der BDS-Bewegung keine Räumlichkeiten zu vermieten und sie finanziell nicht zu unterstützen. Der Beschluss hat Vorbildcharakter für andere Staaten.

Die Debatte um das Jüdische Museum Berlin

Am 14. Juni 2019 trat Prof. Dr. Peter Schäfer als Direktor des Jüdischen Museums Berlin zurück.

Vorangegangen waren einseitige politische Positionierungen des Museums, die eine ausgewogene Darstellung Israels und des Nahostkonflikts vermissen ließen. Zentralratsvertreter hatten bereits das persönliche Gespräch gesucht und in den Gremien des Museums Kritik geübt. Die Kritik betraf Teile der Ausstellung „Welcome to Jerusalem“, die geplante Teilnahme von BDS-Aktivistinnen an Podiumsdiskussionen und ein Treffen von Museumsdirektor Schäfer mit dem iranischen Kulturattaché.

Im Juni 2019 setzte das Jüdische Museum Berlin einen Tweet ab, in dem es die Kritik von 240 Wissenschaftlern am BDS-Beschluss des Deutschen Bundestags als *Must-read* (Pflichtlektüre) bezeichnete. Diese einseitige

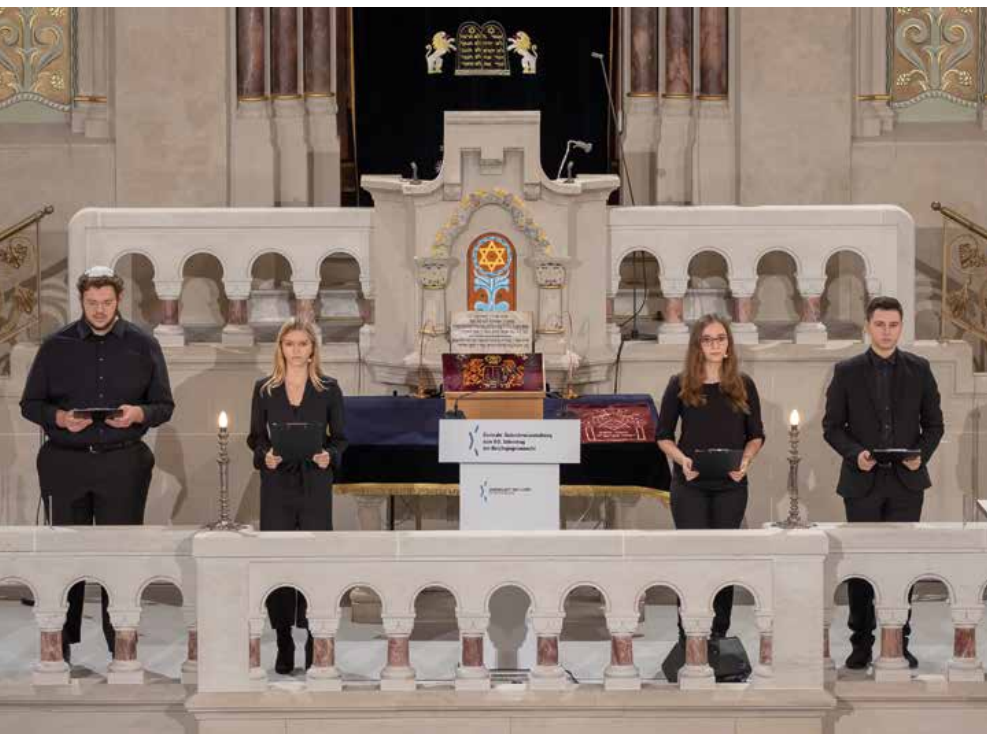
Positionierung führte zu einer scharfen Reaktion des Zentralrats. Das Jüdische Museum hatte zuvor weder auf den Bundestagsbeschluss selbst hingewiesen noch eine positive Bewertung des Beschlusses geteilt.

Prof. Dr. Schäfer bot von sich aus seinen Rücktritt an. Der Zentralrat forderte dies zu keinem Zeitpunkt und stellte auch nicht die wissenschaftliche Eignung des Museumsdirektors in Abrede.

Seit 1. April 2020 ist Hetty Berg Direktorin des Jüdischen Museums Berlin.

GEDENKEN IN VERANTWORTUNG FÜR DIE GEGENWART

Am 9. November 2018 – unter dem Eindruck des Erstarkens der AfD sowie zugleich großer Demonstrationen für die demokratischen Grundrechte – gedachten in der Berliner Synagoge Rykestraße 900 Gäste des 80. Jahrestags der Reichspogromnacht. Knapp zwei Jahre später konnten Gedenkfeiern zum 75. Jahrestag der Befreiung wegen der Corona-Pandemie nur ohne Publikum stattfinden. Wie wird sich Gedenken verändern, wenn die Zeitzeugen nicht mehr unter uns leben?



Die gesamte Staatsspitze und Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Kirchen und Kultur sowie einige Zeitzeugen fanden sich auf Einladung des Zentralrats der Juden an dem kühlen Novembertag in der Rykestraße ein. Die AfD war bewusst nicht dazu gebeten worden. Bundeskanzlerin Angela Merkel thematisierte in ihrer Rede die Verantwortung, die auch heute noch aus der deutschen Geschichte resultiert: „Denn es geht um Menschen. Jeder Einzelne von ihnen hatte einen Namen, eine einzigartige Würde und Identität. An diese Identität und Würde zu erinnern, hilft, nicht im Verlust stehen zu bleiben. Es hilft, die Erinnerung nicht vom gegenwärtigen Leben

Oben: Teilnehmer des Begegnungsprogramms Likrat tragen Texte von Zeitzeugen vor.
Rechts: Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Gedenkansprache.



abzukoppeln, sondern in unserem gegenwärtigen Leben immer wieder die Verbindung zur Vergangenheit herzustellen und darauf gründend die Zukunft zu gestalten – eine Zukunft, in der wir in jedem Menschen einen Menschen erkennen und uns von Mensch zu Mensch begegnen.“

Die Gedenkfeier wurde im ZDF live übertragen und fand in den Medien sowie sozialen Netzwerken ein großes Echo. Ein Höhepunkt war der Auftritt von jungen Juden, die Texte von Zeitzeugen vorlasen.

80 Jahre Kriegsbeginn

In der Geschichte der Schoa wird der Kriegsbeginn 1939 in der Regel weniger stark wahrgenommen. Er spielt jedoch eine wichtige Rolle.

Darauf wies Zentralratspräsident Dr. Schuster in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 1. September 2019 hin. Er schloss mit den Worten: „Der 80. Jahrestag des Kriegsbeginns sollte europaweit zum Inhaltlichen führen. Es gilt zu fragen, ob wir uns noch auf dem richtigen Weg befinden. Und es gilt, den nachfolgenden Generationen die ganze Dimension dieses Krieges zu vermitteln, in dem 60 Millionen Menschen zu Tode kamen und in dem die europäischen Juden Opfer eines Völkermords von singulärem Ausmaß wurden. Diese Vermittlung ist notwendig, damit Generationen in unserem Land aufwachsen, die das Verantwortungsbewusstsein haben, das wir für ein friedliches Europa brauchen.“

Gedenkjahr 2020

Das Jahr 2020 sollte ganz im Zeichen des 75. Jahrestags der Befreiung stehen. Zahlreiche Gedenkfeiern waren geplant. Letztlich konnte wegen der Corona-Pandemie nur ein Bruchteil stattfinden. Dr. Schuster nahm im Januar an den Schoa-Gedenkfeiern in Jerusalem und in Auschwitz sowie an der jährlichen Gedenkstunde im Deutschen Bundestag teil. Zum Internationalen Holocaust-Gedenktag erklärte Dr. Schuster in einer Pressemitteilung: „Über Jahrzehnte war es Konsens in der Bundesrepublik, dass die Erinnerung an die Schoa zur deutschen Staatsräson gehört.

Doch dieser Konsens bröckelt. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, könnte unsere Demokratie ernsthaft gefährdet sein. In diesem Gedenkjahr müssen wir alle Kräfte bündeln, um die Lehren aus der Schoa wieder in den Köpfen zu verankern.“

Die KZ-Gedenkstätten hatten für die Jahrestage ihrer Befreiung ebenfalls große Gedenkfeiern geplant, zu denen sie Überlebende eingeladen hatten. Doch gerade die betagten Menschen waren durch das Coronavirus gefährdet, sodass die Gedenkstunden ohne Publikum und vielfach vor allem digital stattfanden. Dr. Schuster sprach in einem Gastbeitrag für *Die Welt* den Gedenkstätten Anerkennung dafür aus, dass sie alles möglich machten, was trotz Corona ging. In dem Artikel heißt es: „Für Deutschland insgesamt sind diese Absagen bitter. (...) Es gab wahrlich genug Anlass, um einen Blick auf eine Zeit zurückzuwerfen, in denen Menschen aufgrund eines persönlichen Merkmals ihr Menschsein abgesprochen wurde. (...) Die Gedenkfeiern wären eine Chance gewesen für einen erinnerungspolitischen Intensivkurs statt einer erinnerungspolitischen Wende, wie die AfD sie gerne Deutschland verordnen würde.“ Dr. Schuster appellierte, die Gedenkfeiern im Jahr 2021 nachzuholen.

JUDENTUM UND SCHULE

Der Zentralrat engagiert sich für eine bessere Vermittlung des Judentums in der Schule. Dazu kooperiert er unter anderem mit der Kultusministerkonferenz und dem Verband Bildungsmedien. Er wirkt aber auch nach innen und unterstützt maßgeblich Lehrkräfte beim jüdischen Religionsunterricht.

Das Judentum wird im Unterricht häufig nur im Zusammenhang mit der Schoa erwähnt. Zudem wird die jüdische Religion oft klischee-behaftet vermittelt: Die Darstellungen haben mit der Realität des jüdischen Lebens in Deutschland und mit der jüdischen Religion wenig zu tun.

Bereits 2016 verabschiedete der Zentralrat mit der Kultusminister-

konferenz (KMK) daher eine „Gemeinsame Erklärung zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule“. Es wurden Schritte vereinbart, um das Judentum in seinem Facettenreichtum zu thematisieren, denn die realitätsnahe und korrekte Darstellung kann Vorurteile abbauen. Die Erklärung bildete den Auftakt für weitere Kooperationen mit der KMK.

„In der Bevölkerung ist das Wissen über das Judentum zum Teil erschreckend gering oder klischee-behaftet. Unwissenheit kann jedoch schnell zu Vorurteilen führen.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats



Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster (re.) 2018 mit Helmut Holter, KMK-Präsident und thüringer Bildungsminister.

So fand am 18. April 2018 die Fachtagung „Jüdische Geschichte, Religion und Kultur in der Schule“ als gemeinsame Veranstaltung in der Thüringer Landesvertretung in Berlin statt. Hier wurde die Webseite „Kommentierte Materialsammlung zur Vermittlung des Judentums in der Schule“ vorgestellt, die Lehrkräfte bei der Behandlung des Themas unterstützen soll. Das Portal präsentiert von einer gemeinsamen Fachkommission ausgewählte und speziell für den Unterricht aufbereitete Lehrmaterialien.

Eine weitere gemeinsame Arbeitsgruppe aus Pädagogen erarbeitet derzeit eine Orientierungshilfe für Lehrkräfte – mit Hinweisen, wie die jüdische Religion in der Schule korrekt vermittelt werden kann.



www.kmk-zentralratderjuden.de



Diskussion mit Antisemitismusbeauftragten der Länder und Religionslehrern im Rahmen der Lehrerfortbildung am 19. Februar 2019.

Am 16. Januar 2020 setzten der Zentralrat, die Kultusministerkonferenz und die Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten eine weitere Arbeitsgruppe ein. Sie erarbeitet Empfehlungen für Lehrkräfte zum Umgang mit verschiedenen Formen des Antisemitismus. Die Arbeitsgruppe befasst sich außerdem mit der Frage, wie das Thema flächendeckend in der Lehrerbildung verankert werden kann.

Das Bild von Juden und Judentum im Schulbuch ist Gegenstand der Zusammenarbeit von Zentralrat und Verband Bildungsmedien e. V. Gemeinsam veranstalten sie seit

November 2019 eine Workshopreihe für Herausgeber, Autoren und Redakteure von Religions- und Ethiklehrbüchern. Ziel ist es, dass das Judentum fachlich korrekt und sachgerecht beschrieben wird. Die Zusammenarbeit mit den Verlagen dauert an. Der Zentralrat berät Schulbuchverlage auch bei der Erstellung neuer Lehrbücher, um Klischees und Fehlinformationen in Lehrbüchern vorzubeugen. Eine Auswahl der Befunde aus der Arbeit mit den Schulbuchverlagen stellte der Geschäftsführer des Zentralrats im Rahmen einer Sitzung der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten am 18. Mai 2020 vor.

Jüdischer Religionsunterricht

Der jüdische Religionsunterricht ist eine Stütze, um jüdischen Kindern das Judentum nahezubringen. Der Zentralrat engagiert sich daher in der Fort- und Weiterbildung von jüdischen Religionslehrkräften und stellt Lehrmittel für den jüdischen Religionsunterricht bereit. Mit Unterstützung des Zentralrats wurde im Land Sachsen erstmals im Schuljahr 2019/20 jüdischer Religionsunterricht als anerkanntes Lehrfach eingerichtet. Der Zentralrat führte gemeinsam mit dem Landesverband Sachsen der jüdischen Gemeinden die Verhandlungen mit dem Freistaat Sachsen.

Seit 2016 organisiert der Zentralrat in Zusammenarbeit mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) jährlich ein mehrtägiges Seminar für Religions- und Hebräischlehrkräfte der jüdischen Gemeinden und jüdischen Schulen. Seit 2018 veranstaltet die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg diese Tagung. In deren Rahmen fand am 19. Februar 2019 eine Podiumsdiskussion mit Religionslehrern und den Antisemitismusbeauftragten der Länder statt. Dabei schilderten die Lehrkräfte die Herausforderungen und antisemitischen Anfeindungen, mit denen sich jüdische Schüler im Schulalltag konfrontiert sehen.

Vom 28. Juli bis 4. August 2019 veranstalteten der Zentralrat und die

Internationale Schule zur Vermittlung der Schoa von Yad Vashem eine Studienreise für jüdische Pädagogen nach Jerusalem. Die Teilnehmer erhielten Handwerkszeug, um die Schoa im jüdischen Religionsunterricht altersgerecht und zielgruppenspezifisch zu unterrichten.

In Ergänzung zur Aus- und Weiterbildung von jüdischen Religionslehrkräften sorgt der Zentralrat für angemessenes Lehrmaterial. Dazu wurde Ende 2018 eine Vereinbarung mit dem Niederländischen Israelitischen Gemeindebund

geschlossen. Das von ihm entwickelte Lehrmaterial JELED wird vom Zentralrat für den jüdischen Religionsunterricht adaptiert. Weitere bereits erschienene Lehrmaterialien unter „Publikationen des Zentralrats“ auf S. 80/81.



Delegationsreise von Pädagogen nach Jerusalem in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Yad Vashem.

DIE KIRCHEN: WICHTIGE PARTNER AUF AUGENHÖHE

„Auch in den besten Familien gibt es (...) schon mal dicke Luft. Es braucht dann ein paar Familienmitglieder, die ausgleichen können. Denn dann setzen sich zum Schluss alle wieder an einen Tisch.“ Mit diesem Bild beschrieb Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster im Oktober 2019 den christlich-jüdischen Dialog. Anlass war die Feier des 70-jährigen Bestehens des Koordinierungsrats der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Die christlichen Kirchen sind für die jüdische Gemeinschaft wichtige Dialogpartner.

Am Abend des 8. November 2018 fand in Würzburg auf dem Platz der ehemaligen Synagoge ein besonderer Gedenkakt statt: Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, und der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, waren zugegen, um an der traditionellen Gedenkstunde für die Opfer der Pogromnacht von 1938 teilzunehmen. Gemeinsam mit Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster bestritten sie anschließend in dessen Heimatgemeinde eine Podiumsdiskussion zur Erinnerungskultur. Zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht und nach einem Jahr mit vielen antisemitischen Vorfällen wollten beide

Kirchenrepräsentanten ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinschaft setzen.

Solidarität und Vertrauen

Diese Verbundenheit brachte Dr. Schuster auch im Sommer 2019 beim Evangelischen Kirchentag in Dortmund zum Ausdruck. Vizepräsident Abraham Lehrer hielt Ende 2019 einen Vortrag beim Rheinischen Pfarrerinnen- und Pfarrerntag in Bonn sowie Anfang 2020 ein Grußwort bei der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland in Bad Neuenahr. Im Februar 2020 luden die Deutsche Bischofskonferenz und der Zentralrat zu einer Podiumsdiskussion über die Rolle von Papst Pius XII. in der Zeit des

Nationalsozialismus. Dr. Schuster forderte: „Die katholische Kirche sollte neue Erkenntnisse zum Anlass nehmen, sich deutlich zu ihrer Verantwortung zu bekennen.“

Das Vertrauensverhältnis mit den christlichen Kirchen ist so gefestigt, dass der Zentralrat der Juden auch kritische Punkte benennen kann. Dazu zählt der israelbezogene Antisemitismus, der sich auch in Kirchenkreisen immer wieder findet. Auch die Rolle und mögliche Seligsprechung von Pius XII. sowie der Umgang der katholischen Kirche mit der Pius-Bruderschaft gehören zu den kritischen Fragen, die der Zentralrat weiterhin im Blick behalten und ansprechen wird.

**Evangelischer Kirchentag 2019
in Dortmund**

Die AG Juden und Christen beim deutschen Evangelischen Kirchentag hat sich zu einem bedeutenden Thinktank für christlich-jüdische Gespräche in Deutschland entwickelt. Sie ist eine Plattform, auf der Christen und Juden an einem Dialog auf Augenhöhe arbeiten und theologische wie gesellschaftspolitische Debatten stattfinden. Den Vorsitz des Vorstands der AG haben Dr. Christian Staffa und für den Zentralrat Prof. Dr. Doron Kiesel inne.



Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats, spricht auf der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland.

„Ihr ehrliches Ringen darum, das gute Verhältnis von Juden und Christen zukunftsfest zu machen, betrachten wir nicht als selbstverständlich. Die jüdische Gemeinschaft weiß diese Zuwendung zu schätzen.“

Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats, Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland, 13. Januar 2020

MITZVAH DAY: GEMEINSAM FÜR ANDERE



Muslime und Juden backen für eine christliche Ausgabestelle der Berliner Tafel. In der Bildmitte Tafel-Gründerin Sabine Werth.

Bis zu 3000 Freiwillige aus etwa 100 jüdischen Gruppen in rund 45 deutschen Städten sind jedes Jahr am Mitzvah Day aktiv, um sich am jüdischen sozialen Aktionstag für ihre Mitmenschen einzusetzen.

Mizwa ist Hebräisch und bedeutet umgangssprachlich „gute Tat“. Auf der Basis zentraler jüdischer Werte wie *Tikkun Olam* (Verbesserung der Welt), *Zedek* (Gerechtigkeit) und *Gemilut Chassadim* (Mildtätigkeit) kommen Juden und Nicht-Juden zusammen, um starke Nachbarschaften zu bilden und die Zivil-

gesellschaft zu stärken. Gemeinsame Werte kennen und stärken, lautet die Devise am Mitzvah Day.

Der Zentralrat führte den Mitzvah Day 2012 bundesweit als ideale Gelegenheit ein, mit Menschen anderer Religionen zusammenzukommen und gemeinsam zu helfen.

Alle großen Religionen teilen die zentralen Werte des Mitzvah Days. 2019 hatte der Zentralrat speziell zu Projekten zugunsten unserer Umwelt aufgerufen.

„Was fremd erscheint, ängstigt. Und aus Angst entstehen häufig Vorurteile. Gerade in unserer pluralistischen Gesellschaft halte ich den Austausch zwischen unterschiedlichen Religionen und Kulturen daher für immens wichtig. Mit unseren Begegnungsprojekten möchten wir vor allem antisemitische Vorurteile aus der Welt schaffen.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats

Für den Mitzvah Day im November 2020 mussten beliebte Begegnungsprojekte wie „Sonnenschein für Senioren“ neu gedacht werden. Der Zentralrat entwickelte Alternativen, um auch in Zeiten von Corona Begegnungen der Generationen möglich zu machen.

 MitzvahDayDeutschland
 mitzvahdaydeutschland



Solidaritätsaktion des Verbandes Jüdischer Studierender Nord (VJS Nord) nach dem Anschlag in Halle 2019.

www.mitzvahday.de

SCHALOM ALEIKUM: DAS JÜDISCH-MUSLIMISCHE DIALOGPROJEKT IN DEUTSCHLAND

Schalom Aleikum sieht Gemeinsamkeiten dort, wo andere Unterschiede sehen, und baut Brücken zwischen Juden und Muslimen. Das Projekt schafft Räume für Begegnungen auf Augenhöhe jenseits der Funktionärebene. Es fördert aktiv die Prävention von Antisemitismus und tritt für ein neues Verständnis zwischen Juden und Muslimen in Deutschland ein.



Coronabedingte Umstellung auf Livestream: #LetsWorkItOut.

Bei den Veranstaltungen treffen Juden und Muslime zusammen und tauschen sich aus. Gemeinsame gesellschaftliche Erfahrungen sind

dabei ein verbindendes Element, wie zum Beispiel bei Startuppers, Lehrern, Angehörigen der LGBTIQ-Community, Sportlern,

Journalisten und Geistlichen.

Von Juni 2019 bis April 2020 folgten über 1000 Akteure den Einladungen des Zentralrats. Namhafte Moderatoren wie Shakuntala Banerjee (ZDF) führten durch die Events. Es wurde offen und ehrlich diskutiert. Diese persönlichen, deutschlandweiten Begegnungen, ausgetragen in jüdischen Gemeindezentren, machen den Kern des Projekts aus und unterscheiden es von ähnlichen Initiativen. Pandemiebedingt musste sich Schalom Aleikum neu erfinden und entwickelte innovative digitale Begegnungsräume, die live genutzt werden können. Pro Veranstaltung loggten sich etwa 1500 Zuschauer ein.

Schalom Aleikum arbeitet auch (sozial)wissenschaftlich: In regelmäßigen Abständen gibt

„Der gemeinsame Dialog zwischen Juden und Muslimen trägt dazu bei, Vorurteile und Resentiments erst gar nicht entstehen zu lassen.“

Annette Widmann-Mauz, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

es eine Onlineumfrage. Ziel ist es herauszufinden, wo der jüdisch-muslimische Dialog steht, welche Bereiche relevant sind, welche Herausforderungen bestehen und was in der Zukunft möglich ist. Erste Trends zeigen, dass die Begegnungen von Juden und Muslimen begrüßt werden. Es fällt auf, dass beide Seiten eine Gefahr von rechts wahrnehmen.

Ein weiterer Bestandteil von Schalom Aleikum ist die Bildungsarbeit für jüdische und muslimische Jugendliche in digitalen Workshops. In der Coronakrise wurde der E-Learning-Kurs #eHabibi entwickelt, der Jugendliche über Antisemitismus informiert und für das Thema sensibilisiert. Interaktive Module laden zum Mitmachen ein.

In den Social-Media-Kanälen wächst die Reichweite des Projekts. Bei Facebook hat Schalom Aleikum etwa 1500 Follower. Im Zeitraum von März bis Juli 2020 hat sich die Abonnentenzahl bei Instagram fast verdoppelt und erreichte


1000 Konten. Es wurden mehrere Kampagnen auf Instagram und Facebook präsentiert. Dazu gehörte auch #DieDaReden über Vorurteile mit Video-Statements von jüdischen und muslimischen jungen Menschen. Die Kampagnen sind in Insta-Story-Alben und bei Facebook aufrufbar.

Um die Nachhaltigkeit von Schalom Aleikum zu gewährleisten, entsteht eine Buchreihe. Weitere Infos unter „Publikationen des Zentralrats“ auf S. 80/81.



Kantor Baruch Chauskin und Imam Abdul-Jalil Zeitun bei „Mutige Entdecker bleiben. Jüdische und muslimische Senioren im Gespräch“.

www.schalom-aleikum.de

schalomaleikum 
schalom_aleikum 

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration



VON LIKRAT ZU MEET A JEW!

Jüdische Identität stärken und dabei Antisemitismus vorbeugen. Das Begegnungsprojekt Likrat – Jugend und Dialog erweitert sein Portfolio und wird Meet a Jew.

Likrat ist Hebräisch und bedeutet „aufeinander zu“. Das Programm vermittelte seit 2016 bundesweit Begegnungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Jugendlichen. Auf der Basis des Peer-to-Peer-Ansatzes durchliefen über 150 jüdische Menschen im

Alter von 14 bis 18 Jahren eine einjährige Ausbildung, die sie auf Begegnungen mit Gleichaltrigen in Schulklassen vorbereitete.

Um das Konzept weiterzuentwickeln und neue Zielgruppen zu erschließen, bündelte Likrat

zum 1.1.2020 seine Kräfte mit dem Schwesterprojekt Rent a Jew unter dem Dach des Zentralrats und trägt seitdem den neuen Projektnamen Meet a Jew.

🏆 „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2019“ des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (BfDT)

🏆 „Alle Kids sind VIPs 2019“ der Bertelsmann Stiftung



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Projektteilnehmern beim Gemeindetag 2019.

Meet a Jew baut auf dem Erfolg der Vorgängerprojekte auf und bietet jetzt auch erwachsenen Jüdinnen und Juden die Möglichkeit aktiv zu werden. Bundesweit engagieren sich aktuell über 300 Freiwillige ab 14 Jahren ehrenamtlich im Projekt.

Das aktuelle jüdische Leben in Deutschland aus erster Hand kennenzulernen ist mit Meet a Jew jetzt auch an Universitäten, in Sportvereinen oder anderen Gruppen möglich. In den kommenden Jahren sollen verstärkt Lehrkräfte erreicht und innovative Onlineformate angeboten werden, um das aktuelle jüdische Leben in der Öffentlichkeit erlebbar zu machen und jüdischen Menschen eine Stimme im öffentlichen Diskurs zu geben.

Unter dem Motto „Miteinander statt übereinander reden!“ geben die Freiwilligen individuelle Einblicke in ihren Alltag, beschreiben die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland und beantworten in ungezwungener Atmosphäre Fragen. Im Vordergrund steht weniger die Vermittlung von Wissen, sondern der lebendige Austausch auf Augenhöhe. Ziel ist es, das oft verfestigte Bild von Juden in der Gesellschaft aufzubrechen und

Meet a Jew ermöglicht einen offenen Austausch und einen unbefangenen Zugang zum modernen jüdischen Leben in Deutschland. Denn eine Begegnung bewirkt, was tausend Bücher nicht leisten können. Wer Juden persönlich kennt, ist weniger anfällig für Stereotype und Vorurteile.

eine Vielzahl von authentischen jüdischen Stimmen und Perspektiven vorzustellen.

Bedingt durch die Corona-Pandemie und die Möglichkeiten der Digitalisierung bietet Meet a Jew mittlerweile neben physischen auch Onlinebegegnungen an. Das erfolgreiche Konzept wird durch diverse Weiterbildungsangebote und Onlinekurse ergänzt.

Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! und kooperiert unter anderem mit dem Anne-Frank-Zentrum, Makkabi Deutschland, Lernort Stadion, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage.



www.meetajew.de

[f meetajew](https://www.facebook.com/meetajew)
[@ meet_a_jew](https://www.instagram.com/meet_a_jew)
[meetajew.de/youtube](https://www.youtube.com/meetajew.de)

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



GEMEINSAM NOCH STÄRKER

In zahlreichen Bündnissen und Allianzen ist der Zentralrat seit Jahren ein starker und verlässlicher Partner. Der Zentralrat beteiligt sich außerdem an Fachkonferenzen, wie zum Beispiel 2019 am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Jena) oder beim Zukunftsdialog Soziale Netzwerke des Bundesministeriums der Justiz. Dabei arbeitet er mit zahlreichen

Initiativen gegen Antisemitismus eng zusammen.

Auch in der Stiftungsarbeit ist der Zentralrat mit seiner Expertise unterstützend aktiv, zum Beispiel bei der Deutschen Gesellschaft e. V., dort unter anderem im Zusammenhang mit den Regionalforen Antisemitismus 2019 und 2020, an denen jeweils auch Repräsentanten des Zentralrats teilnahmen.

Initiative kulturelle Integration

Im Jahr 2016, nach einer Debatte über den Begriff „Leitkultur“ zwischen dem damaligen Innenminister Thomas de Maizière und Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, entstand die Idee, sich gemeinsam der Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu widmen. Mehrere Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen wurden eingeladen, um in einem größeren Rahmen hierüber zu diskutieren. Der Zentralrat war von Anfang an dabei und wirkte bei der Formulierung von 15 Thesen für Zusammenhalt in Vielfalt mit. Im September 2020 fand bereits die dritte Jahrestagung der Initiative statt. Unter den vielen weiteren Veranstaltungen war die Tagung „Erinnerung



Mark Dainow, Vizepräsident des Zentralrats, bei der Tagung zur Zukunft der Erinnerung, 29. Januar 2020.

an die Schoa wachhalten“ in Berlin am 28. Januar 2020 mit zwei zentralen Themen: Der zeitliche Abstand und der Verlust des Gedächtnisses der Zeitzeugen sowie die Gestaltung von Erinnerungskultur in einer multiethnischen Gesellschaft.

Allianz für Weltoffenheit

Der Zentralrat ist Gründungsmitglied der Allianz für Weltoffenheit, die seit Februar 2016 besteht.

Das Bündnis (aus BDA, Deutscher Bischofskonferenz, DGB, Deutschem Kulturrat, Deutschem Naturschutzing, DOSB, Evangelischer Kirche in Deutschland und Koordinationsrat der Muslime) rief im Mai 2019 alle Bürger dazu auf, bei der Europawahl ihre Stimme abzugeben. „Die diesjährige Europawahl muss

ein Zeichen gegen Nationalismus und für ein vereintes und welt-offenes Europa werden“, sagte Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster anlässlich der Veröffentlichung des Wahlaufrufs.

Solidarität mit Sinti und Roma

Als sich 2015 auf Initiative des Vereins RomaTrial und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas ein breites gesamtgesellschaftliches Bündnis zur Solidarität mit den Sinti und Roma Europas bildete, war es für den Zentralrat der Juden selbstverständlich, durch seine Teilnahme ein Zeichen gegen Antiziganismus zu setzen.

Dies war nicht die erste Kooperation zwischen den beiden Zentralräten. Anlässlich des internationa-

len Holocaust-Gedenktags förderte der Zentralrat der Juden etwa eine Veranstaltung des Zentralrats der Sinti und Roma: Am 26. Januar 2020 führten im Berliner Dom die Roma und Sinti Philharmoniker zusammen mit dem Synagoga Ensemble Berlin Roger Moreno-Rathgeb's *Requiem für Auschwitz* auf.

Am 2. August 2020 erinnerten die Evangelische Kirche und der Zentralrat der Juden erstmals gemeinsam mit dem Zentralrat der Sinti und Roma an den NS-Völkermord. Zum Europäischen Tag des Gedenkens an den Völkermord an den Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau fuhr die erste gemeinsame Delegation nach Oswiecim (Auschwitz) in Polen.

„Es gilt, was die Initiative kulturelle Integration in These 13 formuliert hat: „Die Erinnerung an die Schoa wachzuhalten und weiterzugeben, ist eine dauernde Verpflichtung für in Deutschland geborene Menschen ebenso wie für Zugewanderte.““

Mark Dainow, Vizepräsident des Zentralrats

JÜDISCHE MILITÄR- SEELSORGE IN DER BUNDESWEHR

Am 28. Mai 2020 verabschiedete der Bundestag das Gesetz über die jüdische Militärseelsorge und setzte damit den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat um. Es war ein historischer Beschluss, darin waren sich alle Parteien einig.

Erstmals nach rund 100 Jahren und 75 Jahre nach der Schoa werden jüdische Soldatinnen und Soldaten im Dienste Deutschlands schon

bald seelsorgerisch durch Rabbinerinnen und Rabbiner betreut werden. Bis dahin war es ein langer Weg.

Nach dem Zivilisationsbruch der Schoa und der Nazidiktatur konnte es sich auch angesichts der Verbrechen der Wehrmacht kaum ein

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und der Präsident des Zentralrates unterzeichnen den Staatsvertrag beim Gemeindetag, 20. Dezember 2019.



„Deswegen setzen wir ein klares Zeichen gegen Rechtsradikalismus, gegen Antisemitismus in der Bundeswehr. Menschen mit jüdischem Leben, mit dem jüdischen Glauben vertraut zu machen, auch in der Bundeswehr, ist ein weiterer Beitrag dazu.“

Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung, vor dem Deutschen Bundestag am 15. Mai 2020

Jude vorstellen, in einer deutschen Armee zu dienen. Trotz aller auch anerkannter Unterschiede zwischen Bundeswehr und Wehrmacht blieben jüdische Soldaten lange nahezu undenkbar. Inzwischen gehören zu den 180.000 Soldaten in der Bundeswehr rund 300 Juden.

Grundlage der jüdischen Militärseelsorge ist ein im Dezember 2019 von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und dem Zentralrat unterzeichneter Staatsvertrag. Er sieht vor, dass in Berlin analog zu den christlichen Militärbischöfsämtern ein Militärrabbinat entstehen soll: Der Zentralrat ernannt einen Militärbundesrabbiner. Vorschriften und Richtlinien für dessen Arbeit orientieren sich

am religiösen Selbstbestimmungsrecht des Zentralrats der Juden, so Artikel 11 des Staatsvertrags.

Bis zu zehn Militärabbiner sollen sich um die Seelsorge der jüdischen Soldaten im In- und Ausland, auch bei Auslandseinsätzen, kümmern. In Hamburg und München, später auch in Frankfurt am Main und Leipzig sind Außenstellen des Militärabbinats geplant.

Wie ihre christlichen Pendants sollen die jüdischen Seelsorger die Soldaten und ihre Angehörigen begleiten, Trost spenden und Kraft geben. Zudem werden sie am sogenannten lebenskundlichen Unterricht zur ethischen Bildung mitwirken.

Tagung zu Militärabbinern in der Bundeswehr

Vom 3. bis 5. April 2019 nahmen in Berlin knapp 150 Teilnehmer an einer Tagung des Zentralrats teil, um über Militärabbiner „zwischen Tradition und Herausforderung“ zu diskutieren. Darunter waren Politiker aller Parteien, Vertreter der Bundeswehr, Historiker und Juristen.

PREISVERLEIHUNGEN MIT POLITISCHEN AKZENTEN

Menschen oder Institutionen zu ehren, die sich für die jüdische Gemeinschaft und für Zivilcourage engagieren, ist seit Jahrzehnten ein Anliegen des Zentralrats. Seit 1957 verleiht der Zentralrat den Leo-Baeck-Preis, seit 2009 den Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage.

Am 16. Mai 2019 erhielt Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender des Axel Springer Verlags, den mit 10.000 Euro dotierten Leo-Baeck-Preis. Mit der Auszeichnung würdigte der Zentralrat Döpfners Engagement für die jüdische Gemeinschaft und den Staat Israel. In zahlreichen Artikeln und Reden setzte sich Döpfner mit Antisemitismus in all seinen Ausprägungen in Deutschland auseinander und

benenne unumwunden Missstände. Die Erinnerung an die Schoa und die daraus resultierende Verantwortung Deutschlands gegen jede Form von Intoleranz und für Israel seien ihm ein Herzensthema, begründete der Zentralrat die Wahl des Preisträgers.

In feierlichem Rahmen im Axica Kongresszentrum am Brandenburger Tor in Berlin sagte Zentral-

ratspräsident Dr. Schuster in seiner Ansprache vor 250 Gästen: „Wir werden dem wachsenden Antisemitismus nicht tatenlos zusehen. Dessen Bekämpfung ist allerdings Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Ebenso wie wir unsere Stimme erheben gegen Anfeindungen von Sinti oder von Muslimen oder von Homosexuellen, so erwarten wir auch Solidarität der Gesellschaft gegen Antisemitismus.“

Paul-Spiegel-Preis

Mit diesem Preis erinnert der Zentralrat an seinen früheren Präsidenten, Dr. h.c. Paul Spiegel sel. A., und dessen unermüdliches Engagement gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Der Zentralrat will mit diesem Preis Menschen ehren, die sich im Sinne einer Bürgergesellschaft engagieren und Zivilcourage zeigen.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Preisverleihung auf 2021 verschoben. Den Preis wird die zivilgesellschaftliche Initiative „Omas gegen Rechts“ erhalten.





Leo-Baeck-Preis 2019: Die Zentralratsvizepräsidenten Abraham Lehrer und Mark Dainow, Preisträger Matthias Döpfner, Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster sowie der Präsident des WJC Ronald S. Lauder.

Die Verantwortung Deutschlands, die aus der Geschichte resultiert, kann ausgefüllt werden, indem solche Missstände heutzutage klar benannt und angegangen werden. Genau diese Haltung zeichnet unseren diesjährigen Preisträger Mathias Döpfner aus. Wir können Sie leider nicht klonen, lieber Herr Dr. Döpfner, aber ich hoffe, dass die heutige Preisverleihung Ansporn für viele Journalisten, gerade Nachwuchsjournalisten ist, in ihre – zugegeben in jeder Hinsicht großen – Fußstapfen zu treten. Die jüdische

Gemeinschaft ist Ihnen zu tiefem Dank verpflichtet.“

In seiner Dankesrede betonte Mathias Döpfner: „Wenn Deutschland es nicht schafft, ein glaubwürdiger Vorreiter im erfolgreichen Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus zu sein, haben wir die zweite Chance, die die Geschichte uns zu gewähren scheint, nicht genutzt. Deutschland kann nur zu sich selbst kommen, wenn es sich zu seinen jüdischen Wurzeln bekennt. Leo Baeck hat gesagt:

„Die Geschichte des deutschen Judentums ist definitiv zu Ende!“

Wir sollten alles daransetzen, dass in diesem einen Punkt der große Leo Baeck Unrecht behält.“

EINSATZ ÜBER DIE LANDESGRENZEN HINWEG

Es gehört zum Wesen des Judentums, sich für die gesamte jüdische Gemeinschaft einzusetzen und auch jenseits der eigenen Landesgrenzen Bedrohungen zu bekämpfen. Deshalb arbeitet der Zentralrat aktiv in internationalen jüdischen Organisationen mit.

Das Wissen um die Sicherheitslage jüdischer Gemeinden weltweit ist von großer Relevanz. Im Zeitalter der Digitalisierung und des Zusammenrückens der Welt scheinen geografische Distanzen oft nur noch nebensächlich. Insbesondere im Falle von Antisemitismus und antireligiösen Ressentiments können Probleme schnell nach Deutschland überschwappen und auch zu nationalen Herausforderungen werden. Internationale Kooperationen sind daher sinnvoll und notwendig.

Gemeinsam handeln - Der Zentralrat als internationaler Akteur

Um die internationale Zusammenarbeit zu fördern und zu verbessern, ist der Zentralrat Mitglied in internationalen jüdischen Organisationen wie den europäischen und internationalen Dachverbänden der jüdischen Gemeinden wie dem European Jewish Congress (EJC) und dem World Jewish Congress (WJC). Der Präsident des Zentralrats ist qua Amt zugleich Vizepräsident des WJC und des EJC. Als aktives und vollberechtigtes Mitglied mit Sitz und Stimme in den Exekutivgremien setzt sich der Zentralrat weltweit für die Belange der jüdischen Gemeinschaft ein.

Ein besonderer Höhepunkt war die Tagung des WJC-Exekutiv-Komitees am 28. Oktober 2019 in München. Im Rahmen dieser Veranstaltung nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel den Theodor-Herzl-Preis des WJC entgegen. Mehrere Redner lobten das Engagement der Kanzlerin für jüdisches Leben in Deutschland und die Sicherheit Israels.

Der Zentralrat ist darüber hinaus Mitglied in der Conference on Jewish Material Claims against Germany, die Entschädigungsansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus, auch Holocaust-Überlebender, vertritt.



Treffen des World Jewish Congress (WJC) zur Bekämpfung von Antisemitismus am 29. Oktober 2019 in München.

Internationales Gedenken an die Schoa

75 Jahre sind seit der Schoa vergangen. Zum Gedenken fand am 23. Januar 2020 in Yad Vashem das World Holocaust Forum statt. Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster begleitete den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier nach Israel.

Am 27. Januar 2020, dem Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, begleitete Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster den Bundespräsidenten zur Gedenkstunde nach Auschwitz. Ebenfalls anwesend war der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin, der anschließend nach Berlin reiste, um im Bundestag die zentrale Gedenkrede zu halten.

Außerdem tauschte sich Präsident Rivlin auf Einladung des Jüdischen Weltkongresses in Berlin mit Vertretern der jüdischen Dachverbände aus aller Welt aus. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland war durch Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster vertreten.



STÄRKUNG DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND



Podium beim Gemeindetag zur Zukunft der Gemeinden:
„Der Letzte macht das Licht aus?“



ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND



KOMMUNIKATION IN DER CORONAKRISE

Die Corona-Pandemie traf die Menschen weltweit völlig unvorbereitet. Die erste Konsequenz, die der Zentralrat der Juden zog, war die Absage des Jewrovision-Wettbewerbs 2020. In den folgenden Monaten waren zwei Aufgaben zu bewältigen: die jüdischen Gemeinden zu unterstützen und die Arbeit des Zentralrats coronakonform zu gestalten. In seinem Text zu Pessach sprach Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster von einer „Bewährungsprobe“.

Hygiene und Gesundheitskonzept für jüdische G'ttesdienste

Um dem Gebot von *Pikuach Nefesch* (Pflicht Leben zu retten) gerecht zu werden, hatten Juden in ganz Deutschland wochenlang auf G'ttesdienste in ihren Synagogen verzichtet. Am 17. April 2020 nahm der Zentralrat an einem Gespräch im Bundesinnenministerium mit Staatssekretär Markus Kerber und den Religionsgemeinschaften teil, bei dem nach Wegen gesucht wurde, die Aufnahme des religiösen Lebens schrittweise wieder zu ermöglichen. Der Zentralrat legte daraufhin in Abstimmung mit den Rabbinerkonferenzen sowie den jüdischen Landesverbänden ein Hygienekonzept vor.

Religiöse Fragen während der Corona-Pandemie

Bereits im März 2020 hatte der Zentralrat eine Handreichung auf Deutsch und Russisch herausgegeben und in jüdischen Gemeinden und unter Einzelpersonen breit gestreut. Das mehrseitige Dokument liefert praktische Hinweise, wie religiöse Rituale von Brit Mila, Bar und Bat Mizwa über die Chuppa bis zur Beerdigung der aktuellen Lage angepasst werden können.

Vor Pessach hatte der Zentralrat in Zusammenarbeit mit der *Jüdischen Allgemeinen* als zusätzlichen Service eine Aufstellung aller jüdischen Gemeinden mit Informationen zu ihrer Erreichbarkeit im Shutdown veröffentlicht.

Außerdem machte der Zentralrat auf die diversen religiösen Onlineangebote der Gemeinden aufmerksam, die in der Coronazeit entstanden sind und zum Teil weitergeführt werden.



Vernetzung

Die Coronakrise führte zu einem Digitalisierungsschub der jüdischen Gemeinden, ihrer Einrichtungen und Angebote. Es wurde viel Neues ausprobiert. Die neuen Wege bieten eine Chance für die weitere Vernetzung untereinander.

In diesem Zusammenhang veranstaltete der Zentralrat mit einigen seiner Zielgruppen Zoom-Netzwerk-Talks, um Erfahrungen auszutauschen. An einer Zoom-Konferenz etwa der Kulturverantwortlichen nahmen 55 Gemeinden teil. Das Angebot soll ausgebaut werden.

Seit April 2020 finden vor dem Hintergrund der langfristigen Herausforderungen durch die Pandemie außerdem regelmäßige digitale Round-Table mit den hauptamtlichen Geschäftsführenden aller Landesverbände und großen Gemeinden statt. Diese Austausch wird gemeinsam von Zentralrat und ZWST gestaltet.



1700 Virtual-Reality-Brillen wurden an wichtige Kontakte verschickt. So konnten sie trotz Pandemie per 360-Grad-Livestream am Festakt zum 70. Jahrestag des Zentralrats teilnehmen.

www.zentralratderjuden.de/Corona

„Alle Auflagen und Einschränkungen dürfen kein Dauerzustand werden! Wir sollten jetzt weniger Demokratie akzeptieren, aber hinterher – um mit Willy Brandt zu sprechen – wieder mehr Demokratie wagen! Und zwar mehr als vor der Coronakrise.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats, *Jüdische Allgemeine* vom 7. April 2020

GEMEINDETAG 2019

DR. FRANK-WALTER STEINMEIER
Bundespräsident



„IN DEUTSCHLAND ZU HAUSE“ — GEMEINDETAG 2019

Neben der Jewrovision ist der alle drei Jahre stattfindende Gemeindetag die größte Veranstaltung des Zentralrats. Anders als der Gesangswettbewerb spricht der Gemeindetag alle Generationen an. Ein umfangreiches Kinderprogramm sorgte auch 2019 dafür, dass Eltern sämtliche Angebote wahrnehmen konnten und die Kids von der viertägigen Veranstaltung in Berlin viel mitnahmen.

Vier Tage, 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von 0 bis 88 Jahren, 180 Referentinnen und Referenten, rund 25 Panels und Vorträge, liberale und orthodoxe G'ttesdienste, Lesungen, Schiurim, Livemusik, festliche Dinner und ein Galaabend – das war der Gemeindetag 2019.

Unter dem Leitgedanken „In Deutschland zu Hause“ erlebten die Mitglieder der jüdischen Gemeinden vom 19. bis 22. Dezember in Berlin ein hochkarätiges politisches, kulturelles und religiöses Programm. Hier wurden die Themen gesetzt und diskutiert, welche die jüdische Gemeinschaft aktuell beschäftigen.

Zur Eröffnung hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Grundsatzrede. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer unterzeichnete auf dem Gemeindetag den neuen Staatsvertrag für jüdische Militärseelsorge in der Bundeswehr und bezog dazu auch in einer Rede Stellung. Weitere Keynote-Redner waren der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Robert Habeck, sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz.

Auf den Podien diskutierten Bundes- und Landespolitiker, Wissenschaftler, Publizisten und Gemeindevertreter zu den Themen Bildung, Demokratie stärken – Antisemitismus bekämpfen, Israel, jüdisch-muslimischer Dialog sowie Jüdische Gemeinden und Glauben.

Die *Jüdische Allgemeine* begleitete den Gemeindetag mit einer Sonntags-Sonderausgabe.

www.gemeindetag.zentralratderjuden.de/

PARTNER UND BERATER FÜR WISSENSCHAFT, POLITIK UND ÖFFENTLICHKEIT

Der Zentralrat ist für politische und kulturelle Einrichtungen sowie für die interessierte Öffentlichkeit Ansprechpartner bei Fragen zum jüdischen Leben in Deutschland und zum Judentum. Bei Spezialfragen vermittelt der Zentralrat Expertinnen und Experten.

Antisemitismus-Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)

Über seine Social-Media-Kanäle hat der Zentralrat den europaweiten Aufruf an Juden zur Teilnahme breit gestreut. So fiel das Stimmungsbild aus Deutschland im Vergleich zur ersten Umfrage

2012 um einiges deutlicher aus. Die Ergebnisse waren alarmierend: 85 Prozent der Befragten sehen Antisemitismus als sehr großes bzw. großes Problem. Das ist gegenüber 2012 ein Anstieg um 23 Prozentpunkte. Auch nehmen Juden eine ebenfalls beunruhigende wachsende Muslimfeindlichkeit wahr.

ANTISEMITISMUS
IHRE MEINUNG ZÄHLT

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) führt eine Umfrage zu Antisemitismus in ganz Europa durch.

Es geht darum, die Gedanken und Erfahrungen von Juden und Jüdinnen ab 16 Jahre zu hören, die in Europa leben.

Falls Sie das anspricht, schließen Sie sich bitte bald an! Jeder Teilnehmer ist wichtig.

Bitte nehmen Sie teil an dieser kurzzeitigen Umfrage, die am 9. Mai startet, und besuchen Sie dazu: www.eurojews.eu







JDC-International Centre for Community Development (ICCD)

Mit dem ICCD, der Forschungsabteilung des Joint Distribution Committees (JDC), hat der Zentralrat wiederholt zusammengearbeitet. So auch bei der 4. Befragung von Führungspersonlichkeiten europäischer jüdischer Gemeinden 2018, die im März 2019 mit ausführlicher Analyse für Deutschland auf Deutsch erschienen ist.

Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung

Im Religionsmonitor untersucht die Bertelsmann Stiftung, welche Rolle Religion und die zunehmende religiöse Vielfalt in europäischen Gesellschaften spielen. Bei der jüngsten Befragung wurde mit Unterstützung des Zentralrats auch die Onlinebefragung von 400 Jüdinnen und Juden in Deutschland realisiert.

MAKKABI Deutschland: Kein Platz für Antisemitismus auf deutschen Sportplätzen!

Der Zentralrat beteiligt sich aktiv am Modellprojekt „Kein Platz für Antisemitismus!“, das im Rahmen der Bundesinitiative Demokratie Leben! des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit Anfang 2020 besteht und bis mindestens Ende 2024 gefördert wird. Der Zentralrat engagiert sich außerdem für projektinterne Weiterbildungskonzepte und die Vermittlung von Fachreferenten. Zudem unterstützt er die Entwicklung eines inhaltlichen Fundaments, um Querschnittsziele erreichen zu können.

Synagogengedenkbuch Hessen

Ziel des Gedenkbuchs ist die umfassende historische Erforschung von etwa 450 jüdischen G'tteshäusern, die um 1930 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen bestanden. Das Projekt steht unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Christian Wiese (Goethe-Universität Frankfurt am Main), Prof. Dr. Gury Schneider-Ludorff (Augustana Hochschule Neuendettelsau) und Prof. Dr. Doron Kiesel (Zentralrat der Juden in Deutschland).

GEMEINDEBAROMETER: EIN STIMMUNGSBILD DER JÜDISCHEN GEMEINSCHAFT

Vom 24. September bis zum 31. Dezember 2019 führte der Zentralrat in Zusammenarbeit mit dem Jewish Joint Distribution Committee (JDC) sowie dem Sozialforschungsinstitut infas eine Onlineumfrage innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland durch.

Sinkende Mitgliederzahlen bei einem gleichzeitig steigenden Programmangebot: Das war für den Zentralrat Grund genug, ein umfassendes Stimmungsbild der jüdischen Gemeinschaft zu erheben. Wie ist es um Jüdinnen und Juden in Deutschland bestellt? Wie stehen sie zu den jüdischen Institutionen, speziell zu den jüdischen Gemeinden? Passen die Angebote zu ihren Bedürfnissen? Wo liegen Chancen und Potenziale für die Zukunft jüdischer Einrichtungen in Deutschland? Befragt wurden Menschen mit jüdischem Hintergrund, die in Deutschland leben und mindestens 18 Jahre alt sind – unabhängig ob Gemeindemitglied oder nicht. Die Fragen konnten auf Deutsch, Russisch, Hebräisch und Englisch beantwortet werden.

Von allen Umfragen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft seit 1945 fand das Gemeindebarometer mit einem Rücklauf von 2716 vollständigen Antworten das bislang größte Echo. Es beteiligten sich 1901 Gemeindemitglieder, 193 ehemalige Mitglieder und 622 Nichtmitglieder.

Die Phase der Auswertung fiel mit dem Beginn der Corona-Pandemie zusammen, was den Blick auf die Ergebnisse schärfte. So zeigten sich einige Gemeinden anpassungsfähiger als andere. Bereits jetzt ist festzustellen, dass die Pandemie die jüdische Landschaft in Deutschland längerfristig verändern wird. Das Gemeindebarometer zeigt einige zentrale Punkte auf, die bei den zukünftigen Strategien von Gemeinden, Landesverbänden sowie bundesweit agierenden jüdischen Institutionen berücksichtigt werden sollten.

Mit diesem Bild und einem Clip wurde auf allen Kanälen zur Teilnahme am Gemeindebarometer aufgerufen.



www.gemeindebarometer.de

DAS KULTURPROGRAMM FÜR DIE GEMEINDEN

Jedes Jahr finden in 100 Gemeinden in Deutschland – von Kiel bis Konstanz und von Saarbrücken bis Frankfurt an der Oder – bis zu 300 jüdische Veranstaltungen im Rahmen des Kulturprogramms des Zentralrats der Juden statt.



Seit 2004 bietet der Zentralrat den jüdischen Gemeinden jährlich eine breite Palette von Kulturveranstaltungen an. Die Gemeinden können aus fünf Rubriken bis zu drei Veranstaltungen wählen und für sich buchen. Zur Auswahl stehen *Chasanut* (Jüdische Liturgie), Klassik, Unterhaltung, Darstellende Kunst sowie Ausstellungen. 2019 war mit ca. 30.000 Gästen das bisher erfolgreichste Jahr.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Veranstaltungen aus der ersten Jahreshälfte größtenteils ins zweite Halbjahr 2020 verschoben. Einige Gemeinden experimentierten aber auch mit Onlinekonzerten oder Open-Air-Veranstaltungen, um jüdische Kultur an ihre Mitglieder sowie andere Interessierte zu bringen.

www.zentralratderjuden.de/kulturprogramm

DIE PROJEKTFÖRDERUNG FÜR GEMEINDEN UND LANDESVERBÄNDE

Der Zentralrat fördert die Eingliederung der in Deutschland lebenden Juden in die jüdische Gemeinschaft. Hierbei sollen Projekte mit Modellcharakter initiiert und gefördert werden. Antragsberechtigt sind alle jüdischen Gemeinden und Landesverbände.

Für das Jahr 2020 stellten 35 Antragsteller insgesamt 52 Anträge. Das entspricht in etwa dem Antragsvolumen des Vorjahres. 45 Anträge – fünf mehr als im Vorjahr – wurden bewilligt. Die Schwerpunkte der beantragten Projekte sind:

- Einweisung in die jüdische Religion und Kultur
- Stärkung der jüdischen Identität bei Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion
- Anbindung von Kindern und Jugendlichen an die Gemeinden
- Angebote für Juden, die nicht Gemeindemitglied sind
- Anbindung der in Deutschland lebenden jüdischen Israelis an die Gemeinden
- deutsche Sprachförderung



Der Kinderchor des Jüdisch-Bucharisch-Sefardischen Zentrums in Hannover (in traditioneller Tracht) wurde gefördert.

www.zentralratderjuden.de/projektfoerderung

KONFERENZEN UND SEMINARE DER BILDUNGS-ABTEILUNG

Mit seiner Bildungsabteilung will der Zentralrat die religiösen, philosophischen und sozialen Traditionen des Judentums in Deutschland, Europa und der ehemaligen Sowjetunion mit einer breiten Öffentlichkeit reflektieren. Das jüdische Bildungsverständnis ist einer aktiven Toleranz und dem gleichberechtigten Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Tradition und Religion verpflichtet.

Schwerpunkte des Bildungsauftrags:

- *Das Judentum – eine lebendige Religion in Geschichte und Gegenwart*
- *Jüdische Philosophie und Ethik*
- *Migration und Integration*
- *Die jüdischen Gemeinden vor neuen Herausforderungen*
- *Positionsbestimmung gegenüber Israel*
- *Aufklärung über die Schoa*
- *Ästhetik, Kunst, Film und Literatur*

Die langen Schatten der Vergangenheit

Über die Verstrickung der Justiz in NS-Verbrechen und vor allem über personelle Kontinuitäten im Bundesministerium für Justiz nach 1945 diskutierten vom 7. bis 9. November 2018 rund 150 Juristen, Historiker und Politiker.

Die jüdische Jugendbewegung

Mehr als 200 Teilnehmer beschäftigten sich vom 5. bis 7. Juni 2019 mit der Erneuerung jüdischen Lebens vor der Schoa. Diese Erneuerung war eine Frucht der jüdischen Jugendbewegung, die vor 1933 alle politischen und religiösen Strömungen in Europa repräsentierte.



Antisemitismus-Studien und ihre pädagogischen Konsequenzen

Große Aufmerksamkeit erhielt die Konferenz vom 4. bis 6. September 2019, die sich an Mitarbeiter der politischen Bildung, Erziehungswissenschaftler, Politologen und Sozialwissenschaftler richtete. Mehr als 200 Teilnehmer beschäftigten sich mit Impulsen zur Veränderung der deutschen Bildungslandschaft.

Jüdischer Salon

Aufgrund der Corona-Pandemie mussten einige Konferenzen und Seminare der Bildungsabteilung auf 2021 verschoben werden. Um mit ihren Themen präsent zu bleiben, rief die Bildungsabteilung des Zentralrats mit dem Jüdischen Salon eine neue Veranstaltungsreihe ins Leben und setzt damit eine alte Tradition online fort.

Am 18. Mai 2020 startete die Reihe mit Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster. Das Gespräch zum Thema „Horizonte in der Krise“ führten Prof. Dr. Doron Kiesel, Wissenschaftlicher Direktor des Zentralrats der Juden, und die Leiterin der Bildungsabteilung des Zentralrats, Sabena Donath.

Im zweiten jüdischen Salon am 6. Juli 2020 unter dem Titel „*Lamrot hakol – Trotz alledem?!*“ war der Jurist, Journalist und Buchautor Dr. Ronen Steinke zu Gast und sprach über antisemitische Gewalt und den deutschen Rechtsstaat.



Ambivalenzen – Jüdische Filmschaffende und ihr Verhältnis zu Deutschland

Auf filmische und biografische Spurensuche begaben sich vom 13. bis 15. November 2019 rund 130 Teilnehmer sowie jüdische Filmemacher, Regisseure, Filmwissenschaftlicher und Biografieforscher. Thema war die Rückkehr oder die Reise nach Deutschland nach 1945.

www.zentralratderjuden.de/juedischer-salon

Angebote zur Professionalisierung jüdischer Gemeinden

Der Zentralrat bietet spezielle Fortbildungsreihen für jüdische Gemeinden und Institutionen an. Sie richten sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter sowie an Vorstände und Geschäftsführer. Ziel ist es, die Gemeinden in ihrer Professionalisierung zu unterstützen.

Der Datenschutz in jüdischen Gemeinden

Am 4. September 2018 fand für Gemeindemitarbeiter in Frankfurt am Main ein Seminar über die Grundlagen des neuen Datenschutzrechts und dessen Auswirkungen auf die jüdischen Gemeinden statt. Im März 2019 folgte ein Vertiefungsseminar mit Spezifizierungen für jüdische Gemeinden und Landesverbände.

Die Synagoge - ein Ort des Gebets, der Gemeinschaft und der Begegnung

Vom 24. bis 25. Oktober 2018 kamen Gemeindemitarbeiter in Frankfurt am Main zusammen, um sich darüber auszutauschen, wie jüdisches Leben heute in seiner Vielfalt dargestellt werden kann.

Das Bild der Juden in den Medien

Am 8. und 9. September 2019 fand in Berlin ein Seminar für die Medienräte und Kulturbeauftragten jüdischer Gemeinden statt. Schwerpunktthema war eine eingehende Analyse der Darstellungen von Juden in unterschiedlichen Medien.

Das Wort zum Schabbat

Vom 30. bis 31. Oktober 2019 nahmen Rabbiner der Orthodoxen Rabbinerkonferenz an einem Rhetorikseminar für Geistliche teil.

Die Zeugen

Aus Anlass des Holocaust-Gedenktags waren am 26. Januar 2020 die jüdische und nicht-jüdische Öffentlichkeit sowie andere Interessierte zu einer Vorführung des Films *Die Zeugen – Eine Reise zu den letzten Überlebenden des Holocausts* eingeladen. Der Dokumentarfilm porträtiert 25 Überlebende. Im anschließenden Gespräch mit Vertretern der sogenannten dritten Generation wurden Facetten junger jüdischer Erinnerung ins Zentrum gesetzt.

Jewish Women Empowerment Summit

Ein ganz großer Erfolg war das Treffen von 120 jüdischen Frauen zwischen 18 und 35 Jahren in Frankfurt am Main vom 21. bis 24. Februar 2019.

Vor allem in Deutschland prägten jüdische Frauen politische, kulturelle und religiöse Diskurse. Zum 100. Jahrestag des Frauenwahlrechts setzte sich die Veranstaltung zum Ziel, junge Jüdinnen zu *empowern*, sie untereinander zu vernetzen, zu unterstützen und ihnen neue Impulse zu geben. Das erstmalig stattfindende Summit mit dem Thema „Verortung und Positionierung“ fand in Kooperation mit der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) statt.

In Kooperation mit der ZWST und der JSUD fand das zweite Jewish Women Empowerment Summit – diesmal zum Thema „Solidarität“ – vom 3. bis 6. September 2020 in Frankfurt am Main statt. Coronabedingt war das zum Bedauern der Teilnehmerinnen nur in einem kleineren Format möglich.



AUF DEM WEG ZUR JÜDISCHEN AKADEMIE

Für den hessischen Antisemitismusbeauftragten Uwe Becker ist Frankfurt am Main die „jüdischste Stadt“ Deutschlands. Und genau hier, wo eine der größten jüdischen Gemeinden beheimatet ist, soll die Jüdische Akademie entstehen.



Mit Seminaren, Konferenzen, Vorträgen und Fortbildungen soll die Akademie den Diskurs über jüdisches Leben und jüdische Kultur in die Bevölkerung tragen – und damit gegen den hierzulande zunehmenden Antisemitismus wirken. Es geht auch darum, an die Tradition jüdisch geprägter Sozialwissenschaften und Philosophie anzuknüpfen.

Der Entwurf für das Gebäude kommt vom Architekturbüro Turkali, das den Wettbewerb gewann. Geplanter Standort ist der südöstliche Abschluss des Kulturcampus an der Senckenberganlage, unweit des Messegeländes. Die Stadt Frankfurt stellt ein denkmalgeschütztes ehemaliges Professorenhaus und ein angrenzendes freies Grundstück zur Verfügung. Geplanter Baubeginn ist März 2021.

Der Wettbewerbsentwurf von Turkali Architekten wird umgesetzt.

„Mit der Unterzeichnung des Kaufvertrags für die Jüdische Akademie ist der Zentralrat der Verwirklichung seiner wegweisenden Bildungseinrichtung einen großen Schritt nähergekommen.“

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats, 23. September 2020

BEDARFSGERECHTES STUDIUM FÜR DIE JÜDISCHE GEMEINSCHAFT

Seit dem Wintersemester 2019/2020 bietet der Zentralrat in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Erfurt und der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg (HfJS) einen Bachelor-Studiengang Jüdische Sozialarbeit an.

In den vergangenen Jahren entstand bei vielen jüdischen Gemeinden und Institutionen ein zunehmender Bedarf an Sozialarbeitern. Mit dem Auf- und Ausbau jüdischer Gemeinden wurden die Anforderungen an die Dienstleistungen der Gemeinden komplexer. Jüdische Gemeinden stehen vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen nehmen die Ansprüche an die Professionalität der Mitarbeiter und Führungskräfte zu, zum anderen muss weiterhin die jüdische Identitätsbildung unterstützt werden.

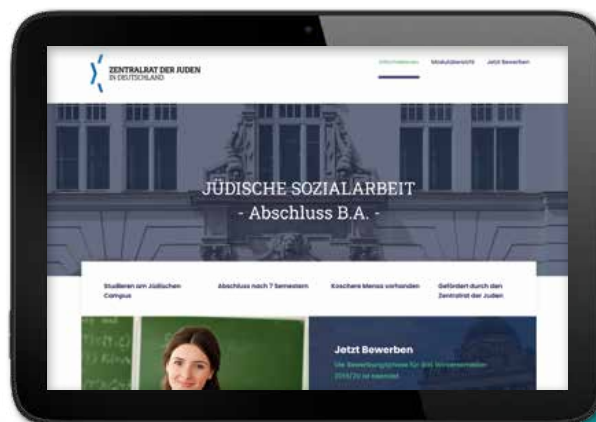
Großer Bedarf und großes Interesse

Die Studierenden des Studiengangs spiegeln die Entwicklung und Veränderung in den jüdischen Gemeinden. Sie kommen aus verschiedenen Ländern und sind meist in Deutschland aufgewachsen. Sie sind eher jung, haben zum Teil

schon eine Ausbildung abgeschlossen und wollen nun studieren, um so ihre beruflichen Chancen zu verbessern. Dabei spielen auch ihre eigene Verortung in den jüdischen Gemeinden und der persönliche Blick auf das jüdische Leben in Deutschland eine wichtige Rolle.

Blended Learning

Seit Frühjahr 2020 muss auch der Studiengang Jüdische Sozialarbeit komplett online stattfinden. Im Wintersemester 2020/2021 gelten an die Corona-Bestimmungen angepasste Rahmenbedingungen. Die Lehrveranstaltungen folgen dem Blended-Learning-Konzept: Zwei Drittel der Studienzeit werden online absolviert. Dies ermöglicht ein Studium neben dem Beruf und anderen Verpflichtungen.



„Die Jewrovision als größter jüdischer Gesangs- und Tanzwettbewerb in Deutschland und Europa bietet eine herausragende Gelegenheit der Begegnung und des kulturellen Dialogs. Dadurch werden jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland sichtbar und erlebbar.“

Schirmherrin Dr. Franziska Giffey,
Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen
und Jugend



Oben: Der Siegeract.
Unten: Auftritt der ESC-Gewinnerin
Netta bei der Jewrovision 2019.

JEWROVISION: „WENN ES SIE NOCH NICHT GÄBE, MÜSSTE MAN SIE ERFINDEN“

Nach dem Vorbild des Eurovision Song Contests wurde die Jewrovision im Jahr 2002 ins Leben gerufen. Seit 2013 richtet der Zentralrat den Wettbewerb aus. Er ist mit mehr als 65 teilnehmenden jüdischen Gemeinden und rund 1500 Teilnehmern zwischen zehn und 18 Jahren das größte jährliche Event der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.



Bereits die Vorbereitungsphase des überregionalen Gesangs- und Tanzwettbewerbs bindet zahlreiche Jugendliche und ihre Familien in das aktive Leben ihrer Gemeinde ein. Damit trägt die Jewrovision zur Stärkung und Förderung jüdischer Werte und Traditionen sowie eines jüdischen Selbstbewusstseins bei.

2019 fand die bislang größte Jewrovision unter dem Motto „Chai“ (Leben) in Frankfurt am Main statt. Inhaltlich setzten sich die Jugendlichen in ihrer sechsmonatigen Vorbereitungsphase unter anderem mit ihrer jüdischen Identität, dem Überlebenswillen des jüdischen Volkes sowie mit der Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland auseinander. Zur Show kamen rund 4000 Zuschauer in die Frankfurter Festhalle. 18 Gruppen aus rund

25 jüdischen Gemeinden erhielten die Möglichkeit, ihre Darbietungen auch vor einer Fachjury zu präsentieren. Zu der prominent besetzten Jury gehörten unter anderem der Schauspieler und Musiker Alexander Klawns, Musiker Henning Wehland, die Moderatorinnen Sonya Kraus und Andrea Kiewel sowie die Schauspieler Daniel Donskoy, Susan Siderpoulos und Rebecca Siemoneit-Barum.

Den Siegerpokal überreichte Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster dem Jugendzentrum Olam aus Berlin. Den Preis für das beste Vorstellungsvideo gewann das Jugendzentrum Kadima aus Düsseldorf.

Als Special Act und besonderes Highlight der Show brachte die Gewinnerin des Eurovision Song Contests Netta Barzilai gegen Ende der Show die Halle zum Kochen.

Schirmherren der Jewrovision 2019 waren Franziska Giffey (Bundes-

ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Volker Bouffier (Ministerpräsident des Landes Hessen) und Peter Feldmann (Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main).

Die für das Jahr 2020 geplante Jewrovision unter dem Motto „Be Yourself“ hätte am 6. bis 8. März in Berlin stattfinden sollen. Doch aufgrund der Coronapandemie musste die Jewrovision 2020 zwei Tage vor der Veranstaltung abgesagt werden.

www.jewrovision.de

 [jewrovision](https://www.facebook.com/jewrovision)

 [jewrovision](https://www.instagram.com/jewrovision)

 [jewrovision](https://www.youtube.com/jewrovision)



NEXT STEP: NACH VORNE DENKEN, NACHWUCHSFÖRDERUNG

Seit 2015 bietet der Zentralrat das internationale Fortbildungsprogramm für jüdische Young Professionals Next Step an. Die Seminare zur Stärkung der Führungskompetenz junger jüdischer Erwachsener sind ein Kooperationsprojekt mit dem Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs und dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund.

30 ausgesuchte Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Alter zwischen 20 und 35 Jahren werden praxisorientierte Methoden effektiver Führungsarbeit und Kommunikation vermittelt. Die Seminare des gemeinsam entwickelten Fortbildungsprogramms finden in Berlin,

Wien und Zürich statt. Je zehn deutsche, österreichische und schweizerische Teilnehmerinnen und Teilnehmer absolvieren unter Anleitung hochkarätiger Coaches drei mehrtätige Seminare unter anderem zu den Themen Management, Leadership, Konfliktmanagement und Rhetorik.

„Next Step ist für die jüdische Gemeinschaft in allen drei Ländern von großer Bedeutung. Dabei ist der grenzübergreifende Erfahrungsaustausch ein wichtiger Baustein.“

Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats

Ein Highlight im Jahr 2019 war der Austausch der Teilnehmer mit der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer zum aktuellen

jüdischen Leben in Europa. Das nächste Next-Step-Seminar ist turnusgemäß für das Jahr 2021 vorgesehen.

www.zentralratderjuden.de/next-step



links: Teilnehmer aus drei Ländern in den Seminarräumen des Zentralrats. rechts: Aktives Medientraining ist ebenfalls im Programm.

MIKROFÖRDERUNG: AKTIVES JUNGES JÜDISCHES LEBEN FÖRDERN!

Ohne großen bürokratischen Aufwand unterstützt der Zentralrat Projekte, Aktivitäten und Veranstaltungen von jungen jüdischen Erwachsenen mit einer Mikroförderung von bis zu 500 Euro.

Ob der Antragsteller ein Verein, eine Organisation, Gemeinde, Einzelperson, Gruppe oder Initiative ist, macht keinen Unterschied. Voraussetzung für die geförderten Projekte ist, dass die Veranstaltung einen jüdischen Bezug hat und einen Mehrwert für junge Juden aus der Region oder bundesweit bringt.

In den letzten zwei Jahren stand der Zentralrat jungen jüdischen Erwachsenen unabhängig von der finanziellen Unterstützung auch beratend und vermittelnd zur Seite: im Bereich der Organisation sowie bei der Vernetzung zum Beispiel mit örtlichen jüdischen Gemeinden und potenziellen Partnerorganisationen.

In den Jahren 2018 bis 2020 förderte der Zentralrat der Juden rund 150 Veranstaltungen. Unter anderem konnten Studienreisen, Workshops, Schabbatons oder Veranstaltungen zu jüdischen Feiertagen von einer Mikroförderung profitieren.



Geförderte Veranstaltung von Keshet Deutschland in der Synagoge Rykestraße in Berlin.

Mithilfe der Mikroförderung konnten zahlreiche Veranstaltungen und Projekte für junge Erwachsene realisiert werden, die ohne die Förderung nicht hätten stattfinden können.

[www.zentralratderjuden.de/
mikrofoerderung](http://www.zentralratderjuden.de/mikrofoerderung)



Pessach Pakete

Jedes Jahr verschenkt der Zentralrat in Kooperation mit der ZWST Pessach Pakete an junge Erwachsene im Alter von 18 bis 35 Jahren, die Mitglieder einer jüdischen Gemeinde sind. Damit werden junge jüdische Erwachsene unterstützt, ein koscheres Pessachfest zu feiern.

In den vergangenen zwei Jahren wurden über 2500 Pessach Pakete verschickt.

www.pessach-paket.de

Taglit

Die Taglit-Birthright-Israel-Reisen in Deutschland werden von Zentralrat und ZWST finanziell unterstützt und betreut. Taglit ist für junge jüdische Erwachsene eine einzigartige Möglichkeit, den jüdischen Staat auf einer zehntägigen Bildungsreise kennen zu lernen. 2018 bis 2020 reisten 24 Gruppen mit insgesamt 1378 Teilnehmern aus Deutschland mit Taglit Germany nach Israel.

www.zentralratderjuden.de/taglit



JUKO

Im März 2019 fand in Berlin der gemeinsame Jugendkongress des Zentralrats und der ZWST statt. Der viertägige Kongress war ausgebucht und ein voller Erfolg. 360 junge jüdische Erwachsene im Alter von 18 bis 35 Jahren erlebten ein abwechslungsreiches Programm zum Thema „Die Welt im Umbruch“. Die aus ganz Deutschland angereisten jungen Leute nutzten intensiv die Möglichkeit zum Austausch mit den renommierten Referenten aus Politik, Presse und Gesellschaft. Der JUKO 2020 musste coronabedingt entfallen.

MISCHPACHA: STARTHILFE FÜR JÜDISCHES FAMILIENLEBEN

Kinder sind das Herzstück einer jüdischen Familie und der jüdischen Gemeinden. Viele junge Eltern haben jedoch jüdische Werte und Traditionen selber nicht vermittelt bekommen. Um junge Familien dabei zu unterstützen, das Judentum weiterzugeben, und um die Gemeinden zu stärken, hat der Zentralrat zwei Familienprogramme aufgelegt.

*„Ein rundum
gelungenes
Programm.“*

Teilnehmer, Mischpacha-Umfrage
unter Familien, Dezember 2019

Mischpacha kommt nach Hause

Seit September 2018 begleitet der Zentralrat mit dem Programm Mischpacha Familien von der Schwangerschaft bis zum dritten Geburtstag des Kindes. Das Programm besteht zum einen aus mehreren Boxen in bunt-fröhlichem Design mit Material, das junge Eltern beim Start ins jüdische Familienleben und bei der Weitergabe der Traditionen unterstützt. Zum anderen informiert der Zentralrat in regelmäßigen Eltern- und Feiertagsbriefen über jüdische Traditionen rund ums Kind und um die jüdischen Feiertage. Altersgerechte Bastel- und Spielideen ermuntern dazu, sich auf die Feiertage vorzubereiten und sie mit den Kleinsten zu feiern.

Mischpacha-Seminare zur Stärkung des Gemeindelebens

Mit Mischpacha unterstützt der Zentralrat die frühkindliche Bildung in den Familien sowie jüdische Kindergärten und Gemeinden. Zur Vertiefung des Angebots der Gemeinden an die Familien veranstaltete der Zentralrat 2018 und 2019 bundesweit insgesamt sechs Seminare. Es ging um die Grundlagen der Arbeit mit Familien in jüdischen Gemeinden und Ideen für Programme, um jüdische Familien stärker an ihre Gemeinden und die Gemeinschaft zu binden. Einige der Seminarteilnehmer bieten seither regelmäßig Familienprogramme in ihren Gemeinden an.

„Unglaublich, mit wie viel Hingabe und Liebe die Pakete gestaltet wurden.“

Teilnehmer, Mischpacha-Umfrage unter Familien, Dezember 2019



www.mischpacha.de



Das Mischpacha-Programm und die Seminare wurden unterstützt durch die Genesis Philanthropy Group und das Joint Distribution Committee.



American Jewish Joint Distribution Committee

PJ LIBRARY – JÜDISCHE GUTENACHTGESCHICHTEN

Jüngster Zuwachs im Portfolio des Zentralrats ist das Programm PJ Library. „PJ“ ist die Abkürzung für „Pyjama“ und steht für das gemeinsame Lesen von Gutenachtgeschichten. Fast jeden Monat, zehnmal im Jahr, bekommen Familien mit Kindern zwischen zwei und acht Jahren jüdische Kinderbücher nach Hause geschickt. Die liebevoll illustrierten Bücher enthalten Geschichten zu den jüdischen Feiertagen sowie biblische oder talmudische Erzählungen, die die

jüdischen Traditionen und Werte lebendig machen. Leitfäden und Hinweise auf den Buchklappen befähigen und bestärken die Eltern, jüdisches Wissen mit ihren Kindern zu teilen. PJ Library bietet Kindern und Eltern die Möglichkeit, beim gemeinsamen (Vor-)Lesen „Quality Time“ miteinander zu verbringen und dabei über die jüdischen Traditionen ins Gespräch zu kommen – eine wunderbare Möglichkeit, das Judentum niedrigschwellig ins Familienleben zu holen und die



Bildung und geistige Entwicklung der Kinder zu fördern. Die Bücher werden von einer Expertenkommission ausgewählt und bleiben im Besitz der Familien, die sich über die Jahre eine beachtliche jüdische Kinderbibliothek aufbauen können.

Der Zentralrat realisiert PJ Library in Deutschland in Zusammenarbeit mit der in den USA ansässigen Harold Grinspoon Foundation.

Der Philanthrop Harold Grinspoon, Namensgeber der Stiftung, rief das Programm 2005 ins Leben. Zunächst wurden die Bücher mit jüdischer Thematik an 200 Kinder im Westen des US-Bundesstaats Massachusetts verschickt. Seither ist PJ Library stetig gewachsen. Inzwischen werden jeden Monat mehr als 620.000 Bücher in sieben verschiedenen Sprachen an Kinder in über 20 Ländern versendet.

www.pj-library.de



JÜDISCHE ALLGEMEINE *DIE JÜDISCHE WOCHEN- ZEITUNG DEUTSCHLANDS*

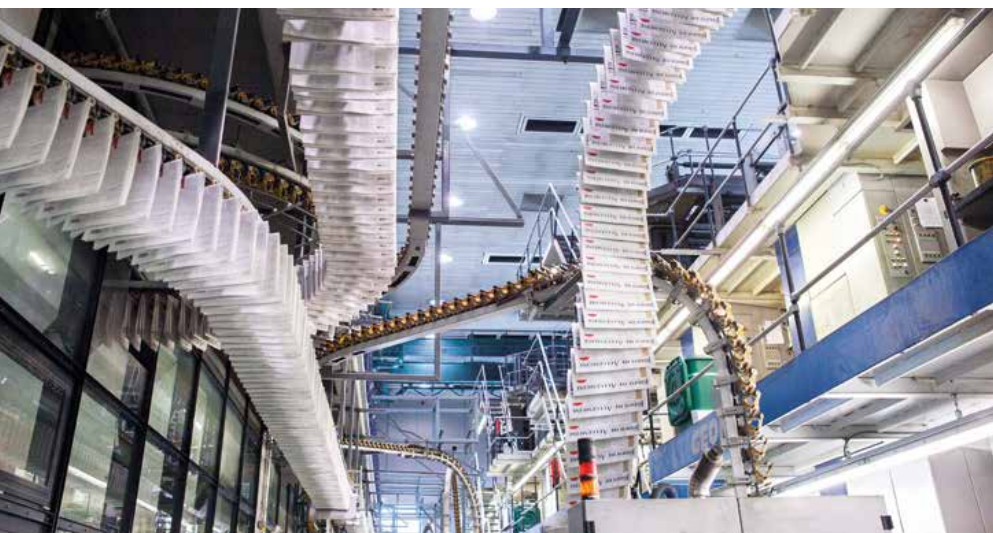
Die *Jüdische Allgemeine* wird seit 1973 vom Zentralrat herausgegeben und blickt auf eine lange Tradition zurück. Chefredakteur Detlef David Kauschke wurde 2019 bei den Lead Awards in der Kategorie „Blattmacher des Jahres – Zeitung überregional“ ausgezeichnet.

Die *Jüdische Allgemeine* hat sich zu einem aktuellen crossmedialen Titel entwickelt, der mehr Leser denn je erreicht. Sie erscheint in einer IVW-geprüften Druckauflage von rund 10.000 Exemplaren. Die Reichweite des Onlineangebots steigt stetig: Vor dem Relaunch im November 2018 verzeichnete die Seite rund 150.000 Unique User, im Mai 2020 waren es bereits 450.000. Im selben Monat wurden

rund 860.000 Seitenaufrufe verzeichnet. Auch die Zahlen der Social-Media-Kanäle entwickeln sich konstant nach oben. So gibt es bei Facebook rund 28.000 Follower (mit einer Beitragsreichweite von rund 130.000), bei Twitter knapp 23.000 (mit bis zu 2.000.000 Impressions monatlich) und bei Instagram 5000 Abonnenten (rund 130.000 Impressions pro Monat).

Am 13. Mai 2019 wurde die *Jüdische Allgemeine* von Twitter gesperrt. Anlass war eine am Vortag verbreitete Twitter-Meldung „Warum Israels Botschafter Jeremy Issacharoff auf Gespräche und Treffen mit der AfD verzichtet“. Die Reaktion auf die Twitter-Sperre war bemerkenswert: Von *Tagesschau* bis *Spiegel* berichteten zahlreiche Medien darüber. Laut *Meedia* war die Meldung an diesem Tag der Artikel mit den meisten Likes und Shares in Deutschland. In der Folge befasste sich eine Woche später der Digitalausschuss des Bundestags mit Zensurvorfällen bei Twitter.

Die Gesamtmarkenreichweite (Auflage/Leser pro Exemplar und Unique User online) liegt bei rund 470.000 Lesern. Diese Zahl ergibt sich aus der Druckauflage (x 2 Leser pro Printexemplar) und den Nutzern der Onlineangebote.



Die Zeitung erreicht neben den Lesern in der jüdischen Gemeinschaft auch viele Entscheider in anderen Bereichen der Gesellschaft. Das Blatt landet jede Woche auf den Schreibtischen der Bundestagsabgeordneten und ist Pflichtlektüre in vielen Redaktionen und Nachrichtenagenturen.

Im Juni 2019 produzierte die Redaktion eine 24 Seiten starke Beilage

zum 40-jährigen Jubiläum der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg und brachte zum Gemeindetag im Dezember 2019 eine exklusive Ausgabe heraus. Auch unter den besonderen Produktionsbedingungen der Coronapandemie erscheint die Zeitung in gewohntem Umfang, zu Pessach sogar mit einer an die Gemeinden in großer Auflage versandten Sonderausgabe. Im März 2020 veröf-

fentlichte die *Jüdische Allgemeine* zum Internationalen Frauentag erstmals ein 130-seitiges Frauenmagazin. Zum 70-jährigen Bestehen des Zentralrats erschien die *Jüdische Allgemeine* mit einer umfangreichen Magazinbeilage.

www.juedische-allgemeine.de

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Seit 2001 gibt der Zentralrat das monatliche Informationsblatt *Zukunft* auf Deutsch und Russisch heraus. Es erscheint in einer Auflage von 25.000 Exemplaren.

Die *Zukunft* wird allen jüdischen Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt und kann auch von anderen Interessierten umsonst bezogen werden. Im Mittelpunkt der Berichterstattung steht die jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Neben Artikeln über die Arbeit des Zentralrats geht es um die Aktivitäten der jüdischen Gemeinden, Einrichtungen und Organisationen. Aber auch allgemein um jüdische Kultur, Religion und Geschichte.

Viele Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion finden es teilweise auch heute noch leichter, sich

anhand der russischen Texte zu informieren – viele nutzen die Zweisprachigkeit der *Zukunft* dazu, ihr Deutsch weiter zu verbessern.

Allerdings richtet sich die *Zukunft* an die gesamte jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Die Themenpalette ist überparteilich und umfasst alle Strömungen des Judentums.

Ein Highlight war die Juli-Ausgabe 2020, die vollständig dem Jubiläum des Zentralrats gewidmet war. Neben einer Geschichte des Zentralrats wurde ein Ausblick auf die kommenden Jahre gewagt.

Außerdem beleuchtete das Blatt die geistige und religiöse Geschichte der Juden in Deutschland seit Anbeginn.

www.zentralratderjuden.de/zukunft



DIE AKTUELLEN PUBLIKATIONEN DES ZENTRALRATS

Der Zentralrat veröffentlicht Bücher zu verschiedenen Themen, um die jüdische Gemeinschaft und die Arbeit der Gemeinden zu unterstützen. Ebenso findet sich hier interessante Lektüre für die breite Öffentlichkeit.



Lehre mich, Ewiger, Deinen Weg - Ethik im Judentum

Das Buch beantwortet Fragen nach der jüdischen Sicht auf verschiedene ethische Themen: Tierschutz, Naturschutz, Abtreibung, Organspende, Sterbehilfe, Gentechnik, Wirtschaftsethik und viele andere mehr.

Schalom Uwracha - Hebräisch-Leselernbuch

2016 gab der Zentralrat dieses Lehrmittel heraus. Die Buchstaben werden anhand von traditionellen Schlüsselbegriffen des Judentums (Schabbat, Pessach etc.) vermittelt.



Haggada shel Pessach Mismor Letoda

Seit 2006 gibt der Zentralrat eine eigene Pessach-Haggada heraus. Sie ist auf Hebräisch mit deutscher bzw. russischer Transkription und Übersetzung erhältlich. Die Seitenzahlen in der deutschen und russischen Fassung sind gleich, um gemeinsame Pessachfeiern in jüdischen Gemeinden zu erleichtern.



Siddur und Machsorim Tefilat Amcha

Die von Rabbiner Menachem Halevi Klein erstellten Gebetbücher liegen in jeweils zwei Versionen vor: in Hebräisch mit deutscher Übersetzung und Transkription sowie in Hebräisch mit russischer Übersetzung und Transkription. Kleine Symbole an den Seitenrändern geben Hinweise zum Gebet.

Perspektiven jüdischer Bildung, Diskurse - Erkenntnisse - Positionen

Die Bände I und II umfassen die Redebeiträge der Referenten bei Veranstaltungen der Bildungsabteilung des Zentralrats. Band III ist in Planung.



Militärrabbiner in der Bundeswehr: Zwischen Tradition und Herausforderung

Das Buch umfasst die Beiträge der gleichnamigen Tagung 2019.

Mutige Entdecker bleiben

Im ersten Band der *Schalom-Aleikum*-Reihe kommen jüdische und muslimische Senioren zu Wort.



Impulse geben!

Der zweite Band der *Schalom Aleikum*-Reihe erzählt zehn Lebensgeschichten von jüdischen und muslimischen Gründern und Selbstständigen.

Alle Bücher sind im Onlineshop des Zentralrats erhältlich:

www.shop.zentralratderjuden.de


DER ZENTRALRAT IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Die Kommunikation über Angebote des Zentralrats und über jüdische Themen verläuft zum größten Teil online. In den vergangenen Jahren hat der Zentralrat diese Aktivitäten erheblich verstärkt. Auch aus der politischen Kommunikation sind die neuen Medien neben den klassischen Instrumenten der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht mehr wegzudenken.

Zu Beginn der Coronakrise stellte der Zentralrat in mehreren Klau-
surtagungen mit den Mitarbeitern
alle Angebote auf den Prüfstand.
So kann der Zentralrat seine Arbeit
in aktualisierter Form weiterführen

und stellenweise sogar ausbauen.
Die Digitalisierung bietet der jü-
dischen Gemeinschaft und dem
Zentralrat erhebliche Chancen.
Der Social-Media-Bereich ist ent-
sprechend gefordert.

Social-Media-Präsenz des Zentralrats 2019:

 Reichweite: ca. 3,8 Mio
Nebenseiten (Mitzvah Day, Jewrovision, Likrat,
Schalom Aleikum, Gemeindetag): ca. 1,5 Mio

 Ca. 3,3 Mio Impressions

 750.000 Impressions
Nebenseiten: ca. 350.000



Zentralrat feiert sein 70-jähriges Bestehen mit digitalen Formaten

Am 19. Juli 1950 wurde der Zentralrat gegründet. Zu seinem 70. Jahrestag veranstaltete der Zentralrat einen Festakt auf dem Gelände der Berliner Synagoge Oranienburger Straße. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten nur 130 Gäste vor Ort teilnehmen. Die Veranstaltung wurde live von der ARD übertragen. Außerdem wurden 1700 VR-Brillen an unterschiedlichen Zielgruppen verschickt, damit diese per 360 Grad Livestream dabei sein konnten.

Daneben wird der runde Geburtstag mit sechs weiteren Formaten gefeiert. Den Anfang machte der Start der Podcast-Reihe *Schon immer Tacheles*. Die prominenten Gesprächspartner wurden nach ihrer Herkunft ausgewählt, um die unterschiedlichen Gruppen vorzustellen, aus denen die jüdische Gemeinschaft in Deutschland besteht und schon vor der großen Zuwanderung in den 1990er-Jahren bestand.

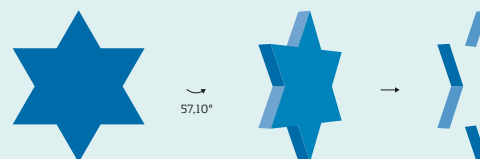


Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Festrede zum 70. Jubiläum des Zentralrats.



**ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND**

Seit 2018 hat der Zentralrat ein neues Corporate Design. Die Bildmarke leitet sich vom Davidstern ab. Dieser wurde perspektivisch um 57,10 Grad gedreht und verweist so auf das Gründungsjahr des Zentralrats im Jahr 5710 nach dem jüdischen Kalender.



ENGAGIERT DABEI

Am Mitzvah Day 2019 legen Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster das Fundament für einen Lehmofen.





GREMIEN UND SCHIRMHERRSCHAFTEN

Auch unabhängig von finanziellen Unterstützungen wirkt der Zentralrat in sehr vielen Organisationen und Gremien aktiv mit (hier eine Auswahl in der Übersicht). Das persönliche Engagement des Präsidenten und der Vizepräsidenten ist dabei häufig in den Medien sichtbar.

Darüber hinaus leisten Mitglieder von Präsidium und Direktorium in- und außerhalb des Zentralrats wichtige Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das gilt auch für Rabbiner der Allgemeinen Rabbinerkonferenz (ARK) und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz

(ORK) sowie für Zentralratsmitarbeiter. So sind Vertreter der jüdischen Gemeinschaft als Rundfunkräte auf Länder- und Bundesebene aktiv. In den Gremien zahlreicher Gedenkstätten-Stiftungen ist der Zentralrat selbstverständlich ebenfalls vertreten.

Beiräte, Stiftungen, Kuratorien & Jurys



Schirmherrschaften

ACHAVA Festspiele Thüringen | Aktionswoche „Würzburg liest“ | ELES-Aktionsprogramm „Nie wieder!? Gemeinsam gegen Antisemitismus & für eine plurale Gesellschaft“ | Jüdisches Filmfestival Berlin-Brandenburg 2020 | Jüdische Kulturtage im Taubertal | Jüdische Kulturwochen Stuttgart | Lore Perls Preis Pforzheim | Makkabi Deutschland Games



Übersicht Ämter und Funktionen von Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster

Mitglied des Senats der Deutschen Nationalstiftung | Mitglied im Deutschen Ethikrat | Mitglied des Kuratoriums des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit | Mitglied im Kuratorium des Hildesheimer Rabbinerseminars | Mitglied des Internationalen Beirates der Stiftung Topographie des Terrors | Mitglied im Beirat der Stiftung Begegnungsstätte Schloss Gollwitz | Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt | Mitglied im Kuratorium der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum | Mitglied im Kuratorium der Stiftung Bayerische Gedenkstätten | Mitglied im Kuratorium der Synagoge Reichenbachstraße München | Mitglied im Kuratorium der Julius-Maximilians-Universität Würzburg | Pate einiger „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“ | Mitglied des Fachbeirats des Johanna-Stahl-Zentrums Würzburg | Mitglied im Bayerischen Bündnis für Toleranz | Mitglied im Beirat der Initiative „SCHULTER AN SCHULTER“ | Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung

Jüdische Gemeinschaft fördern

Der Zentralrat unterstützt jüdische Organisationen und Initiativen innerhalb und außerhalb der jüdischen Gemeinden. So gestaltet er die Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland aktiv mit.

Das Spektrum geförderter Institutionen und Projekte ist groß und umfasst alle Bereiche jüdischen Lebens: Religionsausübung, jüdische und politische Bildung, Kultur, Dialog, Antisemitismusprävention, Jugendarbeit, Nachwuchsförderung und einige mehr.

Die Jüdischen Gemeinden sind das Rückgrat der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Sie stellen die zentralen Angebote wie G'ttesdienste, Seelsorge und jüdische Bildung. In der Coronakrise wurde außerdem deutlich, dass sich gerade die Schwächsten in unserer Gemeinschaft auf ihre Gemeinden und besonders deren Sozialabteilungen verlassen können.

Um alle Zielgruppen zu erreichen, arbeitet der Zentralrat mit zahlreichen Institutionen Hand in Hand, von denen einige hier genannt werden.

Nicht alle Juden in Deutschland sind Mitglieder einer Gemeinde. Der Zentralrat fördert auch Institutionen, die sich um diese Menschen kümmern, damit sie sich zugehörig fühlen.

Deutschland braucht eine starke jüdische Gemeinschaft, in der sich jede Jüdin und jeder Jude wohlfühlen kann.

STATISTIK

Die aktuelle Mitgliederstatistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland führt 2019 94.771 Personen auf.

Der israelische Demograf Sergio Della Pergola von der Hebräischen Universität Jerusalem geht von einer „Core Jewish Population“ (CJP) von 116.000 Jüdinnen und Juden in Deutschland aus. CJP umfasst alle, die sich selbst als Juden bezeichnen und keiner anderen monotheistischen Religion angehören.

Die „Population with Jewish Parent“ (JPP) gibt er mit 150.000 an. JPP umfasst CJP sowie Menschen mit einem oder zwei jüdischen Eltern, auch wenn diese sich nicht als jüdisch betrachten.

(Quelle: Sergio Della Pergola, World Jewish Population 2018, in: *Berman Jewish Data Bank* 23, 2018.)



Stipendiaten des **Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks** in der Frankfurter Westend-Synagoge.



Die **Makkabi Deutschland** Frauen-Nationalmannschaft bei den European Maccabi Games 2019 in Budapest.



Lebenslanges Lernen wird bei **Limmud Deutschland** groß geschrieben. Lernsession beim Limmud-Tag 2018 in Berlin.

RABBINER UND KANTOREN MADE IN GERMANY

Das **Rabbinerseminar** zu Berlin feierte 2019 sein zehnjähriges Bestehen mit Veranstaltungen in verschiedenen jüdischen Gemeinden in Deutschland. Es sieht sich als Nachfolgeinstitution des Hildesheimer'schen Rabbinerseminars und hat damit auch die Ausbildung orthodoxer Rabbiner zurück nach Deutschland geholt. Im Februar 2020 erhielten Absolventen offizielle Anerkennungszertifikate durch das israelische Oberrabbinat. Derzeit studieren zwölf Studenten am Rabbinerseminar.



Seit 2013 wird das Angebot durch das Institut für Traditionelle Liturgie in Leipzig ergänzt.



www.rabbinerseminar.de
www.juedische-liturgie.de

Das **Zacharias Frankel College** (ZFC) ist wie das AGK (siehe Kasten rechts) ein An-Institut der Universität Potsdam. Die Studierenden aus aller Welt lassen sich als konservative Rabbinerinnen und Rabbiner (Masorti) ausbilden. Herzstück ist das Frankel Beit Midrasch, ein ganzjähriges intensives Textstudienprogramm.

www.zacharias-frankel-college.de



**ABRAHAM
GEIGER
KOLLEG**

בית המדרש
אברהם גייגר

Das **Abraham Geiger Kolleg** (AGK) feierte 2019 seinen 20. Gründungstag. 26 Studierende (zehn Frauen und 16 Männer) durchlaufen derzeit die Ausbildung zum Rabbinat oder Kantorat der progressiven Strömung.

Im September 2020 wurden sechs Absolventen ordiniert.

Der Abraham-Geiger-Preis 2020 ging an den Regisseur der Oberammergauer Festspiele, Christian Stückl.

www.abraham-geiger-kolleg.de





ORGANISATIONS- STRUKTUR



RABBINER-KONFERENZEN: ZWEI UNTER EINEM DACH

Eine Rabbinerkonferenz ist eine Vereinigung mehrerer Rabbiner, die sich mit religionsrechtlichen Fragen beschäftigt. In Deutschland gibt es zwei solcher Institutionen: die Allgemeine Rabbinerkonferenz Deutschland (ARK) und die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD). Beide Rabbinerkonferenzen sind Gremien des Zentralrats.

Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland

Die ORD wurde 2003 gegründet. Seitdem hat sich die Mitgliederzahl mit heute 54 Rabbinern fast verfünffacht. Eine zentrale Einrichtung der ORD ist das *Bet Din* (Rabbinatsgericht). Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Oberrabbinat des Staates Israel und der Beteiligung israelischer *Dajanim* (Richter) bei den Sitzungen des ORD-*Bet Din*, sind Entscheidungen wie zum Beispiel Ehescheidungen beim israelischen Oberrabbinat anerkannt.

Zweimal im Jahr veranstaltet die ORD Weiterbildungsseminare mit international bekannten Rabbinern. Dieser Austausch ist für die Praxis der Rabbiner in den deutschen Gemeinden sehr wichtig.

Unter Schirmherrschaft der ORD wurden in jüngster Zeit mehrere Gebetbücher für Erwachsene und Kinder herausgegeben. Als die Synagogen wegen der Corona-

Pandemie geschlossen werden mussten, stellte die ORD Wochentags-*Siddurim* (Gebetbücher) online. In Zusammenarbeit mit Kahal Adass Jisroel wurde auch eine *Haggada* (Pessach-Erzählung) zum Download erstellt.

Seit vielen Jahre gibt die ORD die Koscherliste „Rabbi, ist das koscher?“ heraus, die regelmäßig – auch online – aktualisiert wird.

Im Onlinebereich ist zudem die Schirmherrschaft der ORD für das Facebook-Projekt „Frag den Rabbiner“ des Vereins Jewig zu nennen. Das bereits bestehende Online-Portfolio der ORD mit *Dwar Tora* zum Wochenabschnitt an Schabbat und Feiertagen wurde während Corona-Pandemie von einzelnen ORD-Rabbinern erheblich erweitert.

ORD-Rabbiner sind in ihren Städten im interreligiösen Dialog engagiert. Auf Bundesebene arbeitet die ORD mit beiden christlichen Kir-



ORD-Delegation 2019 im Vatikan.

chen zusammen. Highlights waren hier der Besuch einer ORD-Delegation im Vatikan Anfang 2019 sowie im Herbst 2019 eine gemeinsame Fachtagung der ORD mit der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Thema „Zwischen Jerusalem und Rom“.



www.ordonline.de

Die Allgemeine Rabbinerkonferenz (ARK)

Die ARK besteht seit 2005 unter dem Dach des Zentralrats und vereinigt derzeit 31 Rabbiner und Rabbinerinnen, die in jüdischen Gemeinden in Deutschland tätig sind. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, jüdisches Leben in seiner ganzen Vielfalt zu fördern, und versteht sich als Forum des Austauschs. Stellungnahmen des Vorstands zu aktuellen Ereignissen und gesellschaftlichen Debatten sowie das seit Chanukka 2019 viermal erschienene Mitteilungsblatt der ARK finden breite öffentliche Resonanz. Das *Bet Din* der ARK kam regelmäßig – zumeist monatlich – in Berlin oder anderen Gemeinden wie Frankfurt am Main, Mannheim oder Oldenburg zusammen. Das SchazMaz-Programm der ARK ermöglicht Gemeinden, die keinen eigenen Rabbiner oder Kantor haben, eine rabbinische oder kantorale Betreuung.

Die Vorstandswahl im Februar 2019 war eine wichtige Zäsur: Auf den langjährigen Vorsitzenden, Landesrabbiner em. Dr. h.c. Henry G. Brandt, folgte Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama (Berlin).



Der neue ARK-Vorstand.

Weitere Vorstandsmitglieder sind Rabbinerin Dr. Yael Deusel (Bamberg) und Rabbiner Jonah Sievers (Berlin).

Am 11. September 2019 erhielt Brandt gleich zwei Auszeichnungen: Die Berliner Meridian-Stiftung verlieh ihm für sein Lebenswerk den Estrongo-Nachama-Preis für Toleranz und Zivilcourage, während Prof. Dr. Andreas Nachama ihm im Namen der ARK den Ehrenvorsitz übertrug. Die Laudatio hielt Dr. Josef Schuster.

Besonderes Gewicht hat das Engagement einzelner ARK-Mitglieder im interreligiösen Dialog. Eine für Mai 2020 geplante Studientagung in Budapest wurde coronabedingt verschoben.



ALLGEMEINE
RABBINERKONFERENZ
DEUTSCHLAND
ועידת הרבנים
הכללית בגרמניה

www.a-r-k.de

DIE HOCHSCHULE FÜR JÜDISCHE STUDIEN

Die 1979 gegründete Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg (HfJS) wird vom Zentralrat getragen und durch Bund und Länder finanziert. Sie ist eine kleine staatlich anerkannte Hochschule mit einem großen Programm. Dank einer europaweit einzigartigen Vielfalt an Teildisziplinen bietet sie optimale Studienbedingungen.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit Studierenden vor dem Festakt zum 40-jährigen Bestehen der HFJS.

Ziel der HfJS ist es, Studierende aller Konfessionen für die Vielfalt jüdischen Lebens zu begeistern und für Aufgaben in der Gemeindearbeit, Forschung, Bildung und Kulturvermittlung sowie in weiteren Berufsfeldern auszubilden. Die Hochschule ist mit der Universität Heidelberg bestens vernetzt, sodass die Jüdischen Studien mit einem weiteren Fach an der Universität kombiniert werden können.

Highlights

- 2019 wurde die Hochschule für weitere fünf Jahre durch den Wissenschaftsrat reakkreditiert.

- Im Juni 2019 fand an der HfJS in Zusammenarbeit mit der Universität Heidelberg und dem Verband der Judaisten in Deutschland eine internationale Tagung zu 200 Jahren Wissenschaft des Judentums statt.
- Im September 2019 wurde der gemeinsame Masterstudiengang „Nahoststudien“ der Universität Heidelberg und der HfJS genehmigt.
- Anfang 2020 ging in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Rundfunk *Mekka und Jerusalem*, ein Podcast zu den jüdisch-muslimischen Beziehungen, an den Start.

- Für das langjährige Kuratoriumsmitglied Salomon Korn wurde 2020 die Festschrift *Sakrale Räume im Judentum* herausgegeben.



www.hfjs.eu

DAS ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Wertvolle Schriften, Akten und Protokolle aus den jüdischen Gemeinden liegen im Zentralarchiv mit Sitz in Heidelberg. Aufbauend auf dem Konzept des Gesamtarchivs der deutschen Juden, wurde das Zentralarchiv 1987 vom Zentralrat ins Leben gerufen. Das Archiv kann für wissenschaftliche Zwecke und private Familienforschung genutzt werden.

Von 2018 bis 2020 wurden die Archivbestände der Jüdischen Gemeinden Frankfurt am Main, Heidelberg und Düsseldorf sowie der ZWST zur archivgerechten Bestanderhaltung bearbeitet. Für die Bestände der Jüdischen Kultusgemeinde Dortmund entstand ein detailliertes Verzeichnis. 2020 kamen die Bestände der Israelitischen Kultusgemeinde

München, der Synagogengemeinde Köln sowie die der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg dazu.

Das Zentralarchiv ist auch international tätig. Neben bestehenden Kontakten mit Israel und den USA starteten in den vergangenen zwei Jahren weitere Kooperationen.

Highlights

- Ausbau der virtuellen Vernetzung
- mit den Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem,
- mit dem American Jewish Archives, Cincinnati, USA,
- mit der Commission Française des Archives Juives, Paris.
- Digitale Aufarbeitung von Unterlagen jüdischer Gemeinden in Italien, um die Arbeit über die wenig erforschte Flucht von ca. 50.000 deutschen Juden nach Italien voranzubringen.



www.zentralarchiv-juden.de

DIE GERICHTSBARKEIT BEIM ZENTRALRAT

Zum Schlichten und Entscheiden in Streitfällen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gibt es beim Zentralrat zwei Gremien: das Obere Schieds- und Verwaltungsgericht sowie das Schieds- und Verwaltungsgericht.

Das **Schieds- und Verwaltungsgericht** kann angerufen werden bei

- Streitigkeiten zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und seinen Mitgliedern,
- satzungsrechtlichen Streitigkeiten von Mitgliedern, soweit kein anderes Schiedsgericht vorrangig zuständig ist,
- anderen Streitigkeiten, wenn durch diese die jüdische Gemeinschaft betroffen ist,
- Streitigkeiten über Dienstverhältnisse, soweit dies vorgesehen ist (zum Beispiel mit Kultusbezug).

Das **Obere Schieds- und Verwaltungsgericht** kann angerufen werden bei

- Streitigkeiten zwischen den Organen des Zentralrats über Auslegungsfragen der Satzung des Zentralrats in Deutschland,
- Eilverfahren.

Die rechtlichen Grundlagen finden sich in § 15 der Satzung des Zentralrats. Daneben ist verfahrensrechtlich die Schieds- und Kostenordnung des Oberen Schieds- und Verwaltungsgerichts beim Zentralrat neben der Zivilprozessordnung

(ZPO) und der Verwaltungsgerichtsordnung (VerwGO) maßgeblich. Die Schieds- und Verwaltungsgerichtsbarkeit ist in ihrer Arbeit und ihren Entscheidungen selbstständig und unabhängig.

2019 wurden acht Verfahren eingeleitet. Das Obere Schieds- und Verwaltungsgericht musste in drei Eilverfahren entscheiden. Es wurden drei Kammern des Schieds- und Verwaltungsgerichts gebildet.

2020 wurden fünf Verfahren eingeleitet. Das Obere Schieds- und Verwaltungsgericht musste in einem Eilverfahren entscheiden. Es wurden drei Kammern des Schieds- und Verwaltungsgerichts gebildet. (Stand: August 2018)

Kontakt:

oberes.schiedsgericht@zentralratderjuden.de

DIE JÜDISCHE STUDIARENUNION DEUTSCHLANDS (JSUD)

Die jüdischen Studierenden und jungen jüdischen Erwachsenen in Deutschland haben seit dem Dezember 2016 wieder eine offizielle politische Vertretung. Auf dem Gemeindetag des Zentralrats in Berlin wurde die neue nationale Studierendenunion gegründet.

Seit März 2019 ist der zweite gewählte Vorstand der JSUD im Amt. Gemäß den Statuten setzt sich die JSUD für ein pulsierendes, nachhaltiges und pluralistisches jüdisches Leben sowie für eine vielfältige, hassfreie und gerechte Gesellschaft ein. 2019 wurde in Solidarität mit dem Staat Israel und als Unterstützung für Minderheiten eine Reihe von Projekten und Kampagnen gegen die israelfeindliche Kampagne Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) und gegen Antisemitismus initiiert. Zudem setzt die JSUD neue Themen auf die Agenda des innerjüdischen Dialogs und möchte mehr junge Stimmen in den jüdischen Gemeinden zu Wort kommen lassen.

Die Vorstandsmitglieder erörterten in Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten Themen wie die deutsche Erinnerungskultur, das in den Schulen vermittelte Bild von Juden, die Gefahr der Terrororganisation Hisbollah, Extremismus, Antisemi-

tismus sowie die Problematik von Staatsexamina an hohen jüdischen Feiertagen.

Eine Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz (veranstaltet mit dem freien Zusammenschluss von Studierendenschaften (fzs) und dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG))

verabschiedete eine bundesweite Resolution gegen BDS.

Gemeinsam mit der European Union of Jewish Students (EJUS) und dem VJSNord startete die JSUD das Projekt Never Again Right Now zur Aufklärung über die Menschenrechtslage in China und die unterdrückte Minderheit der Uiguren.



www.jsud.de



DIE ORGANE DES ZENTRALRATS

Der Zentralrat der Juden in Deutschland verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat drei Organe: die Ratsversammlung, das Direktorium und das Präsidium.

Die Ratsversammlung

Die Ratsversammlung (RV) ist das oberste Entscheidungsgremium des Zentralrats und überwacht die Arbeit der Exekutive. Sie ist insbesondere zuständig für alle Grundsatzfragen der jüdischen Gemeinschaft und verabschiedet den Haushalt. Die RV tagt einmal im Jahr. Je 1000 Gemeindeglieder wird ein Delegierter entsandt. Die Ratsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer von vier Jahren drei Mitglieder in das Präsidium. Die letzte Wahl fand 2018 statt.

Das Direktorium

Die Mitglieder des Direktoriums werden von den einzelnen Mitglieds- bzw. Landesverbänden entsandt. Jeder Landesverband delegiert je angefangene 5000 Gemeindeglieder einen Vertreter. Das Direktorium überwacht die Tätigkeit des Präsidiums und wählt den Generalsekretär bzw. Geschäftsführer. Das Direktorium wählt aus seiner Mitte sechs Mitglieder, die für die Dauer von vier Jahren dem Präsidium angehören.



Das Präsidium

Das Präsidium des Zentralrats der Juden besteht aus neun Mitgliedern. Sie werden von der Ratsversammlung und dem Direktorium für jeweils vier Jahre gewählt. Das Präsidium wählt aus seiner Mitte ebenfalls für die Dauer von vier Jahren den Präsidenten und die zwei Vizepräsidenten des Zentralrats.



Dr. Josef Schuster
PRÄSIDENT DES ZENTRALRATS

- Vizepräsident des WJC und EJC
- Präsident des Landesverbandes Israelitischer Kulturgemeinden in Bayern
- Vorsitzender der IKG Würzburg und Unterfranken



Abraham Lehrer
VIZEPRÄSIDENT

- Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln
- Präsident der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)



Mark Dainow
VIZEPRÄSIDENT

- Vorstandsmitglied des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen
- Zweiter Vorsitzender der JG Offenbach
- Vorstandsmitglied der ZWST



Kuf Kaufmann
PRÄSIDIUMSMITGLIED

- Vizevorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden
- Vorsitzender der IRG Leipzig
- Vorstandsmitglied der ZWST



RA Milena Rosenzweig-Winter
PRÄSIDIUMSMITGLIED

- Geschäftsführerin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin



Harry Schnabel
PRÄSIDIUMSMITGLIED

- Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main



Ran Ronen
PRÄSIDIUMSMITGLIED

- Vorsitzender der Delegiertenversammlung des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein
- Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf



Vera Szackamer
PRÄSIDIUMSMITGLIED

- Vorstandsmitglied der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern



Barbara Traub
PRÄSIDIUMSMITGLIED

- Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW)
- Vorstandsmitglied der ZWST



RA Daniel Botmann
GESCHÄFTSFÜHRER

IMPRESSUM

Redaktion: Hannah Dannel, RA Daniel Botmann

Mit großem Dank an die beteiligten Kollegen und genannten Institutionen!

Verantwortlich: Geschäftsführer RA Daniel Botmann

Lektorat: Tamara Trautner, Volker Warkentin · **Korrektorat:** Birgit Patzelt

Gestaltung: HEILMEYERUNDSERNAU ■ GESTALTUNG, www.heilmeyerundsernau.com

Druck: Druckerei Lippert GmbH, www.druckerei-lippert.de

Herausgeber: Zentralrat der Juden in Deutschland

Leo-Baeck-Haus: Tucholskystraße 9 · 10117 Berlin

Postanschrift: Postfach 04 02 07 · 10061 Berlin

Tel.: 030 28 44 56 - 0 · **Fax:** 030 28 44 56 - 13 · **E-Mail:** info@zentralratderjuden.de

Website: www.zentralratderjuden.de

Bildnachweise: Das verwendete Bildmaterial ist überwiegend dem Medienarchiv des Zentralrats der Juden in Deutschland entnommen. Die Bilder wurden dem Zentralrat von den Partnern zur Verfügung gestellt.

Cover: Andreas Schulz · Seite 2,3: Thomas Lohnes · Seite 5: Marco Limberg · Seite 8: Christian Rudnik · Seite 10: Rolf Walter/*xpress.berlin* · Seite 14: Vorlage Bundesregierung · Seite 16: Leon Spanier · Seite 18: Limberg · Seite 21: imago images/epd · Seite 24: Gregor Zielke · Seite 27: Schulz · Seite 28: Schulz · Seite 29: Pierro Chioussi · Seite 31: Zielke · Seite 35: EKIR/Hans-Jürgen Vollrath · Seite 36: Uwe Steinert · Seite 37: VJSNord · Seite 38: Piero Chioussi · Seite 39: Falko Siewert · Seite 41: Spanier · Seite 42: IKI/Julie Roehr · Seite 44: Schulz · Seite 46: Schulz · Seite 47: Schulz · Seite 49: Schilke · Seite 50, 51: Zielke · Seite 54: Zielke · Seite 59: Leon Spanier + kontur werbeagentur · Seite 60: Jüdisch-Bucharisch-Sefardisches Zentrum · Seite 62: Rafael Herlich · Seite 63: Spanier · Seite 65: Vero Bielinski · Seite 66: Turkali Architekten · Seite 68: Chioussi · Zitat Überschrift: Susanne Benizri · Seite 72: Keshet Deutschland · Seite 73: ZWST, Taglit-Germany · Seite 76, 77: HGF · Seite 78: Limberg · Seite 83: Zielke · Seite 85: Limberg · Seite 89: (o.li.) ELES, (unten) Limmud, (o.re.) Makkabi/S. Ahren · Seite 90: Herlich · Seite 91: AGK · Seite 92: Schulz · Seite 94: ORD · Seite 95: Tobias Barniske · Seite 96: Klaus Venus · Seite 99: Zielke · Seite 102, 103: Lohnes et al.

© Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin 2020. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Weitergabe, Vervielfältigung, Übertragung und elektronische Weiterverarbeitung der Texte, Fotos und Grafiken in jedweder Art, Umfang und Form bedürfen der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in diesem Bericht überwiegend die männliche Sprachform verwendet. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass diese geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

